

Inhalt

1. Zu Beginn

2. 100 Jahre Arbeit

2.1. Zeitspiel

2.2. Von grauem Steinzeug zum schickigen Nischenfachwerk

3. Geschichte der Größtkonzern

3.1. Die Wittenberg

3.1.1. Berlin

BERLINER METALLHÜTTEN- UND

HALBZEUGWERKE

3.2.1. Die Geschichte der Produktionsaufträge der Deutschen Metallwerke und ihrer
Eigenschaften

3.2.2. Zur wissenschaftlichen Erforschung

3.2.3. Arbeits- und Lebererkrankungen

3.5. ADMAG Berlin-Niederschöneweide.

3.5.1. Zahlen im Überblick

3.5.2. Herstellungsverfahren und Erzeugnisse

3.5.3. Zur technischen Entwicklung **Zusammengestellt**

4. Von der AG zum Volkseigenen Betrieb

4.1. Zeitspiel **von**

4.1.1. Demontage unter Trübsandverweil **Elke Dornath**

4.1.2. Zur allgemeinen Lage **1995**

4.1.3. Die Nachkriegszeit bei Kaysor

4.1.4. Die Auswirkungen der Demontage

4.1.5. Mensch und Arbeit in der Halle

Inhalt

- 1. Zu Beginn**
- 2. 100 Jahre Arbeiten und Wohnen in Schöneweide**
 - 2.1. Zeittafel
 - 2.2. Von gestern bis morgen - die Geschichte Niederschöneweides
- 3. Geschichte der Gründerbetriebe**
 - 3.1. Das Hüttenwerk**
 - 3.1.1. Zeittafel
 - 3.1.2. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Firma
 - 3.1.3. Einsatzstoffe und Erzeugnisse
 - 3.1.4. Die sozialen Verhältnisse dieser Zeit
 - 3.2. Die Deutschen Messingwerke**
 - 3.2.1. Zeittafel
 - 3.2.2. Zur Geschichte der Produktionsanlagen der Deutschen Messingwerke und ihrer Erzeugnisse
 - 3.2.3. Zur wirtschaftlichen Entwicklung
 - 3.2.4. Arbeits- und Lebensverhältnisse
 - 3.3. ADMOS**
 - 3.3.1. Zahlen im Überblick
 - 3.3.2. Herstellungsverfahren und Erzeugnisse
 - 3.3.4. Zur wirtschaftlichen Entwicklung
- 4. Von der AG zum Volkseigenen Betrieb**
 - 4.1. Zeittafel
 - 4.2. Demontage unter Treuhandverwaltung
 - 4.2.1. Zur allgemeinen Lage
 - 4.2.2. Die Nachkriegszeit bei Kayser
 - 4.2.2.1. Die Auswirkungen der Demontage
 - 4.2.2.2. Mensch und Arbeit in der Hütte

4.2.3. Die "Deutschen Messingwerke" in der Nachkriegszeit

4.2.3.1. Aufbau und Demontage

4.2.3.2. Mensch und Arbeit unter neuen Verhältnissen

4.2.4. Der Anfang bei "ADMOS"

4.3. Der Zusammenschluß

5. VEB BMHW bis 1970

5.1. Geschichte in Zahlen

5.2. Der VEB BMHW in der Aufbauphase

5.2.1. Allgemeines zur wirtschaftlichen Ausgangssituation in der DDR

5.2.2. Die Einführung der Produktionsbereiche im BMHW

5.2.3. Zur Entwicklung der Produktionsbereiche

5.2.4. Große Investitionen bis 1970

5.3. Zeitgeschichtliche Ereignisse und ihre Auswirkungen auf die Werke

5.3.1. Die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen im Betrieb

5.3.2. Die Parteileitung (BPO)

5.3.3. Die Gewerkschaft (BGL)

5.3.4. Zum Verhältnis zwischen Werkleitung, BPO und BGL

6. Schlußwort

7. Quellenverzeichnis

Die Gründung der Werke fiel in die Zeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland. Der Materialbedarf des Maschinenbaus und der Elektrotechnik im Berliner Raum wuchs sprunghaft. Andererseits produzierten diese Wirtschaftszweige ständig billige Rohstoffe in Form von Schrott und Abfällen, die verarbeitet werden konnten.

1943 verließen alle drei Werke als ehemalige Rüstungsbetriebe der Deutschen ihre Anlagen und standen zunächst unter Treuhänderverwaltung. Später wurden sie volkseigenen Betrieben, zwischen denen eine umfangreiche Zusammenarbeit bestand. So lag der Gedanke nahe, daß ihre Vereinigung große wirtschaftliche Vorteile bringt. Im Jahr 1951 erfolgte der Zusammenschluß zu den VEB Berliner Metallhaften- und Halbfabrikatwerken.

1. Bericht, Deutsche Volkswirtschaft zur Gründung der Berliner Werkzeugmaschinenwerke

4.2.3. Die "Deutschen Messingwerke" in der Nachkriegszeit

4.2.3.1. Aufbau und Demontage

4.2.3.2. Mensch und Arbeit unter neuen Verhältnissen

4.2.4. Der Anfang bei "ADMOS"

4.3. Der Zusammenschluß

5. VEB BMHW bis 1970

5.1. Geschichte in Zahlen

5.2. Der VEB BMHW in der Aufbauphase

5.2.1. Allgemeines zur wirtschaftlichen Ausgangssituation in der DDR

5.2.2. Die Einführung der Produktionsbereiche im BMHW

5.2.3. Zur Entwicklung der Produktionsbereiche

5.2.4. Große Investitionen bis 1970

5.3. Zeitgeschichtliche Ereignisse und ihre Auswirkungen auf die Werke

5.3.1. Die Rolle der gesellschaftlichen Organisationen im Betrieb

5.3.2. Die Parteileitung (BPO)

5.3.3. Die Gewerkschaft (BGL)

5.3.4. Zum Verhältnis zwischen Werkleitung, BPO und BGL

6. Schlußwort

7. Quellenverzeichnis

Die Gründung der Werke ist in die Zeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland. Der Materialbedarf des Maschinenbaus und der Elektroindustrie im Berliner Raum wuchs sprunghaft. Andererseits produzierten diese Wirtschaftszweige ständig billige Rohstoffe in Form von Schrott und Abfällen, die verwertet werden konnten.

1945 verließen alle drei Werke als ehemalige Rüstungsbetriebe die Demontage ihrer Anlagen und rückerzogen unter Treuhänderverwaltung. Später wurden sie volkseigene Betriebe, zwischen denen eine umfangreiche Zusammenarbeit bestand. So lag der Gedanke nahe, daß ihre Vereinigung große wirtschaftliche Vorteile bringt. Im Jahr 1951 erfolgte der Zusammenschluß zu den VEB Berliner Metallwaren- und Holzbaugewerken.

¹ Henschel, Cornelia: "Zusammenfassung der Geschichte des Berliner Werkzeugmaschinenbaus"

1. Zu Beginn

Berlin braucht die Erinnerung an seine Industriegeschichte. Die Produktionsanlagen waren seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die modernsten in Europa. Mit seinen Industriezweigen Textilindustrie, Maschinenbau, Elektroindustrie und Chemie erlangte die Stadt Weltruhm. Seit der Gründung des Deutschen Reiches rückte die Hauptstadtfunktion mehr und mehr in den Vordergrund. Die Umstellung der wichtigsten Industriebetriebe auf Rüstungsproduktion setzte dieser Entwicklung ein jähes Ende. Die meisten Fabriken lagen nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone. Für sie folgte nach der Zerstörung die Demontage.

"Am Bild der Fabrik hatte sich rein äußerlich wenig geändert; im Innern jedoch entstand eine Versorgungseinrichtung, in der "sozialistisch gelebt und gearbeitet" wurde. Nach dem Zusammenbruch der DDR blieben einerseits die Berliner Gründerzeitbetriebe als Zeugnisse kapitalistischer Industriekultur übrig, andererseits die in der DDR ausgeprägten Verhaltensmuster¹."

Die BMHW bestanden in den Jahren von 1945 bis zur Liquidation aus drei Werkteilen. Das Werkteil I gründete sich aus der "**Deutschen Hüttenwerke Kayser AG**" und datiert das Jahr seiner Entstehung auf 1906. Die Geschichte des Werkteils II reicht bis ins Jahr 1890 zurück, als Flunkert, Kretzer und Evekling den Grundstein für die "**Deutschen Messingwerke Carl Evekling**" legten. 1910 ließ ein Herr Springorum den Namen ADMOS (Allgemeine Deutsche Metallwerke Oberschöneweide) ins Handelsregister eintragen, das 1951 zum Werkteil III der BMHW wurde.

Die Gründung der Werke fiel in die Zeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland. Der Materialbedarf des Maschinenbaues und der Elektroindustrie im Berliner Raum wuchs sprunghaft. Andererseits produzierten diese Wirtschaftszweige ständig billige Rohstoffe in Form von Schrott und Abfällen, die verarbeitet werden konnten.

1945 verfielen alle drei Werke als ehemalige Rüstungsbetriebe der Demontage ihrer Anlagen und standen erstmals unter Treuhandverwaltung. Später wurden sie volkseigene Betriebe, zwischen denen eine umfangreiche Zusammenarbeit bestand. So lag der Gedanke nahe, daß ihre Vereinigung große wirtschaftliche Vorteile bringt. Im Jahr 1951 erfolgte der Zusammenschluß zu den VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerken.

¹ Bönstedt, Cornelia: "Geleitworte zur Chronik des Berliner Werkzeugmaschinenbaus"

Die weitere Entwicklung des VEB verlief wechselhaft. Nach der Demontage 1945 konnte die Produktion nur unter großem Mühsal aufgenommen werden. Es folgte eine Etappe wirtschaftlichen Aufschwungs bis Ende der sechziger Jahre, die durch viele Investitionen in betriebliche Anlagen und Technologien geprägt war. Dabei entwickelten sich die einzelnen Abteilungen und Werkteile durchaus unterschiedlich. Modernste Anlagen und Technologien standen neben der Technik der dreißiger Jahre, die ebenfalls betrieben werden mußten. Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, den technischen Fortschritt im notwendigen Maß zu beschleunigen.

Die Zeit nach der Wende zeigte eindeutig, daß die Werke ebenso wie der Staat DDR ruiniert waren, denn eine kostendeckende Produktion erwies sich als unmöglich. Dazu kamen ungeklärte Eigentumsverhältnisse, die mögliche Investoren abschreckten und umweltschutzpolitische Entscheidungen des Senats, für den ein metallurgischer Großbetrieb innerhalb Berlins keine Perspektive hatte. Damit war der Weg in die Liquidation vorgezeichnet, ein Weg, der seit 1992 auf Beschluß der Treuhandgesellschaft beschritten wird.

Nicht ein Stein wird aufeinanderbleiben, nichts mehr von den ehemaligen Werken künden, die mit ihrer hundertjährigen Existenz ein Stück Berliner Geschichte ausmachen. Eine Beschäftigungsgesellschaft zur Sanierung der Industrielandschaft und als soziales Netz für die ehemaligen Hüttenwerker entstand. Eine Planergesellschaft im Auftrag des Berliner Senats will das Betriebsgelände zu einem Gewerbepark bzw. Wohngebiet umgestalten.

*"Das Tempo des Umbruchs in Berlin läßt kaum Zeit, die Zukunft aus der Vergangenheit abzuleiten. Ein Rückbesinnen fällt schwer, obwohl es ein Erfordernis ist"*². Um die gegenwärtige Situation der Stadt begreifen zu können, muß man ihre Geschichte kennen. Die Berliner Industrieviertel sind ein Mosaiksteinchen des Gesamtbildes. Ihre Ursprünge darzustellen, erachten die Chronisten als Notwendigkeit.

Die vorliegende Chronik der BMHW in Schöneweide unterscheidet sich von den üblichen. Es handelt sich um keine Jubiläumsschrift zur Selbstdarstellung, sondern um einen Abspann. Sowohl die Schöneweider Werke, als auch der Staat DDR existieren nicht mehr. Damit künftige Generationen erfahren, **was** und **wie** hier einst produziert wurde, entsteht diese Chronik.

² s. u. 1

2. 100 Jahre Arbeiten und Wohnen in Schöneweide

2.1. Zeittafel



Ausschnitt aus dem Übersichtsplan des Gemeindebezirkes Niederschöneweide von ca. 1910³

1763

Die Niederlassung "auf der schönen Weide" wird im Kirchenbuch der St.-Laurentius-Stadtkirche Köpenick erstmals erwähnt.

³ In: Unterlagen des BFUB Umweltberatung 1993. - Landesarchiv Berlin

- um 1780 bestehen dort schon einzelne Gehöfte mit 20 Einwohnern, die Seidenraupenzucht betreiben.
- um 1860 gehören 155 Morgen Ackerland, 14 Morgen Gartenland und 19 Morgen Gehöfte zu der kleinen Gemeinde. Es gibt 10 Wohnhäuser, in denen etwa 70 Menschen wohnen.
- um 1870 wird die Landstraße Köpenick - Kanne (bei Treptow) weitergebaut. Der Ort vergrößert sich.
- 1871 taucht der Name Niederschöneeweide erstmals auf. Die Chemische Fabrik Kuhnheim wird eröffnet.
- 1877 wird die Kattundruckerei von Wolff bedeutend vergrößert.
- Am 9. Aug. 1878 wird Niederschöneeweide zu einer selbständigen Gemeinde im Kreis Teltow erhoben.
- 1879 erhält die Gemeinde ihr erstes Schulhaus zwischen Berliner und Grünauer Straße.
- 1882 nimmt Lehmann seine Textilfabrik in Betrieb und die Wollwarenfabrik Blackburn führt englische Webermeister nach Niederschöneeweide.
- 1885 verkehrt eine Kettenfähre zwischen Nieder- und Oberschöneeweide.
- 1887 schenkt ein Fabrikbesitzer der Gemeinde die erste Dampfspritze, die den Grundstein zur "**Freiwilligen Ortsfeuerwehr Niederschöneeweide**" bildet.
- 1889 parzelliert die Grundrentengesellschaft in Oberschöneeweide Berlin-Wilhelminenhof und bebaut es. Die Fähre genügt nicht mehr und es wird eine Holzbrücke, die spätere Stubenrauchbrücke, gebaut.
- 1890 gründen Flunkert, Kretzer und Eveking die Firma "**Deutsche Messingwerke**" in der Berliner Straße 131 in Niederschöneeweide.

- 1891** Niederschöneweide erhält eigene medizinische Betreuung und
- 1898** Gasbeleuchtung.
- 1899** wird das Schulhaus Berliner Straße, Ecke Hasselwerder eingeweiht.
- seit 1901** verkehrt zwischen Niederschöneweide und Köpenick eine
Straßenbahn, die zunächst mit Pferden bespannt ist. Es gibt viele
Ausfluglokale, die bedeutendsten sind Hasselwerder, Loreley,
Kyffhäuser, Waldheim und Neptunheim.
- 1904** entsteht die Treskowbrücke.
- 1905** Niederschöneweide hat ca. 3.000 Einwohner. Bis 1910 wächst die
Bevölkerung auf ca. 7.300 Bewohner.
- 1906** Bau des Teltowkanals, der die Industrialisierung wesentlich forciert.
Ginsberg richtet in Niederschöneweide sein Hüttenwerk ein, dessen
Hochofenschlacke beim Kanalbau Verwendung findet. Der Ort erhält
Kanalisation.
- 1907** wird die hölzerne Stubenrauchbrücke durch einen Eisenbau ersetzt.
- 1920** geht Niederschöneweide als Bestandteil in den 15. Bezirk von Groß-
Berlin ein.
- 1922** entsteht das Schulhaus in der Rudower Straße und
- 1926/27** das Postgebäude in der Fennstraße.
- 1929** wird nach Plänen von Paul Mebes und Paul Emmerich die
Spreesiedlung in der Hainstraße gebaut.
- 30. Mai 1930** Einweihung der evangelischen Kirche in Niederschöneweide.

2.2. Von gestern bis morgen - die Geschichte Niederschöneweides

Der Leser, der sich ausschließlich für die konkreten Produktionsvorgänge im BMHW interessiert, möge diese Seiten übergehen. Der Leser aber, der sich fragt, wie hier vor 100 Jahren die Metallverarbeitung begann, unter welchen Umständen die Hüttenarbeiter lebten und produzierten und warum die Unternehmer der Gründerzeit gerade im abgelegenen Schöneweide vor den Toren Berlins ihre Fabriken bauen ließen, dem bietet dieses Kapitel viel Wissenswertes. Schließlich steht der Produktionsprozeß nie für sich allein, er bedarf der menschlichen Arbeitskraft und dient der Bedürfnisbefriedigung des Menschen. Um Antwort auf diese Fragen zu erhalten, kehren wir zu den Anfängen zurück.

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts hören wir nur ab und zu von einzelnen "**Etablissemens auf der schönen Weide bei Köpenick**". Aber Niederschöneweider Grund und Boden wird schon zur Zeit des 30 jährigen Krieges erwähnt; denn in der Nähe des Forsthauses Kanne und des Gasthofes "Neuer Krug" fand 1631 die bedeutende Zusammenkunft zwischen dem König von Schweden Gustav Adolf und dem Kurfürsten Georg Wilhelm statt. Dieses Treffen wirkte sich auf die Bündnispolitik Brandenburgs im 30jährigen Krieg aus. Die Försterei Kanne ist also sehr früh entstanden, denn die ausgedehnten Waldungen mußten fachmännisch betreut werden. Den Namen "Kanne" führte auch ein kleiner Nebenarm der Spree.

Sehr wichtig war auch das Gasthaus "Neuer Krug". Es lag an der verkehrsreichen Straße von Berlin nach Köpenick und diente ursprünglich der Stärkung der Fuhrleute, die diese Straße benutzen mußten. Später war es ein sehr beliebter Erholungsort der Berliner Sonntagsausflügler, bis er 1918 den Fabrikanlagen der "Deutschen Kabelindustrie" weichen mußte.

Im Jahr 1686 wird da, wo ehemals die schönen Weidegründe lagen, eine Teerschwele im Köpenicker Kirchenbuch erwähnt. Die eigentliche Kolonie "Schöneweide" ist ein Werk Friedrichs des Großen; die Gründung fällt in das Jahr 1764.

Mit Recht konnte der Chronist vermerken: "**Es hat seinen Namen mit der That, denn es ist daselbst schoene Weide vor das Vieh.**" Und wirklich waren etwa da, wo heute der Bruno-Bürgel-Weg (damals Sedanstr.) von der Schnellerstraße (damals Berliner Straße) abzweigt, gute Wiesen. Andererseits gab es an der Spree auch sumpfiges Gelände, deutet doch der Name "Hasselwerder" auf eine mit Haselbüschen bewachsene Flußinsel hin.

Die Einwohnerzahl von Niederschöneweide wuchs durch die Errichtung mehrerer Bleichen, so der Waldowschen (vormals Krukenfabrik) und der Gleichenschen Bleiche (vormals Teerofen). Dazu entstanden Bunzels Bleiche, die Kattunfabrik Förster, die Meierei (früher: Judenhof) und die Baumschule von Bunzel.

Der Flächeninhalt der Gemeinde vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Die Zahl der Wohnhäuser war bald auf 10 gestiegen, in denen etwa 70 Menschen wohnten. Die in der Entwicklung begriffene Industrie hatte bis zum Jahr 1850 30 Manufaktoren errichtet, von denen die meisten Kattundruckereien waren.

Um diese Zeit müssen wir uns den Anblick der kleinen Ortschaft nach einer zeitgenössischen Schilderung etwa so vorstellen: *"Betrat man, von Berlin kommend, das Schöneweider Gebiet, so sah man zur Linken zuerst das Forsthaus Kanne mit seinen Scheunen und Ställen liegen, etwa an der Stelle, wo sich jetzt die Kuhnheimische Villa erhebt. Erst später wurde es auf die andere Seite der Straße an seinen jetzigen Ort verlegt. Man kam dann weiterhin am Chausseehaus vorüber, das in den 50er Jahren gleichzeitig mit der neuen Landstraße gebaut wurde. Links begleitete die Straße der alte Ritterweg, dessen schöner Baumbestand noch heutigentags mit Unterbrechungen von hier bis fast nach Köpenick verfolgt werden kann. Am "Neuen Krug" vorüber kam man dann zu dem Moritz Bunzelschen Grundstück, das sich bis zur Insel Hasselwerder erstreckte. Hasselwerder war noch in den 60er Jahren bei Hochwasser eine Insel, und die Bewohner mußten mit Kähnen die Verbindung mit dem Land herstellen.*

Gegenüber dem "Neuen Krug" befand sich die erste Haltestelle der damals neubauten Görlitzer Bahn, die erst nach der Erbauung des Bahnhofes einging. Die jetzige Berliner Straße (Schnellerstr.) weiter verfolgend, kamen wir an Schulzens Hof und der kleinen Ansiedlung Judenhof vorüber (zwischen Berliner, Hasselwerder und Flutstr. gelegen) über die Siebenbrüderbrücke zum Hammelstall. Die Siebenbrüderbrücke führte über ein Fließ, das aus der Gegend des Rangierbahnhofes kommend, bei den Häusern 37 und 111 die Berliner Straße kreuzte und sich mit dem Spreearm bei Hasselwerder vereinigte. Der Hammelstall bestand bis Anfang der 60er Jahre und bot Berliner Schlächtern Gelegenheit, ihre gekauften Tiere einzustellen, bis sie zum Schlachten geholt wurden. Nicht weit davon lag Gleichens Kalkofen. Fast am Ende des Dorfes stand Karl Bunzels Gehöft (Sedanstr. 59 = heute Bruno-Bürgel-Weg). Dann folgte Gleichens Wohnhaus, Krauses Hof, Cafe Sedan und die Wolffsche Kattunfabrik... Alle diese Baulichkeiten lagen links der heutigen Berliner Straße, während sich zur Rechten noch weit und breit und unvershandelt der Kiefernwald dehnte."

Die **industrielle Revolution** begann in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und führte ab 1850 bis zum Ende des Jahrhunderts in immer schnellerem Tempo zu einer totalen Veränderung in nahezu allen Lebensbereichen. Vier Fünftel der deutschen Bevölkerung hatten noch 1830 ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Fünfzig Jahre später war es nur noch knapp die Hälfte. Fabriken entstanden, Massenfertigung ersetzte die frühere handwerkliche Einzelanfertigung. Es entwickelten sich Großbetriebe. Aus winzigen Dörfern im Bereich der entstehenden Fabrikanlagen wuchsen in wenigen Jahren Arbeiterstädte empor, Industriereviere entstanden. Der rasche Ausbau eines Eisenbahnnetzes und die beginnende Dampfschiffahrt revolutionierten zugleich das Verkehrswesen. Jetzt erst wurde ein lohnender, umfangreicher Gütertransport möglich. Der Eisenbahnbau führte mit dem schnellen Ausbau der Bahnverbindungen zu einem stürmischen Anstieg der Eisen- und Stahlindustrie, entsprechend entwickelte sich der Bergbau. Deutsche Großfirmen wie Krupp, Klöckner, Mannesmann im Ruhrgebiet, Borsig in Berlin errangen Weltruf. Zur Finanzierung industrieller Vorhaben, die die Möglichkeiten einzelner Unternehmer weit überstiegen, entstanden Kapitalgesellschaften, meist in der Form von Aktiengesellschaften; Großbanken wurden gegründet.

In der Phase der beginnenden Industrialisierung waren durch den gleichzeitigen Rückgang ihres Handwerks Tausende von Gesellen arbeitslos geworden. Sie strömten ebenso wie die besitzlosen Landarbeiter und verarmten Kleinbauern in die Fabriken und Industriestädte, mit denen zusammen sie das Industrieproletariat bildeten. Ein Teufelskreis war entstanden durch Bevölkerungsexplosion und Landflucht, die das Arbeitskräfteangebot vermehrten, was wiederum die Löhne drückte und zur Ausnutzung der billigeren Frauen- und Kinderarbeit führte. Nur die Tätigkeit mehrerer Personen konnte einer Familie das Existenzminimum sichern.

Hinzu kamen für viele deutsche Unternehmen der ausländische Konkurrenzdruck, dessen sich die Industriellen durch rigorose Lohnsenkungen zu erwehren suchten. Die Arbeitszeiten lagen zwischen 12 und 14 Stunden, oft noch darüber. Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz waren völlig ungenügend, die Unfallhäufigkeit war groß. Aus diesen Verhältnissen resultierten Armut, fehlende Ausbildung, psychische und physische Schäden der Arbeiter auf Grund der mangelhaften Arbeits- und Wohnverhältnisse. Menschenunwürdige Mietskasernen schossen in den Großstädten aus dem Boden. Unter diesen Bedingungen hatten die Arbeiter nur eine geringe Lebenserwartung. Der Tod des Ernährers, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit durch Unfall, kurzfristige Kündigung, Arbeitslosigkeit waren Ereignisse, die die Existenz ganzer Familien bedrohten.⁴

⁴ In: "Schlaglichter der deutschen Geschichte" von Helmut M. Müller. - Mannheim/Wien/Zürich: Bibliographisches Institut, 1986. - S.166 f.

Die **soziale Frage** stellte die Diskrepanz zwischen dem wirtschaftlichen Aufschwung einerseits und den krassen sozialen Mißständen andererseits und führte zu Überlegungen und Initiativen, wie den Verhältnissen begegnet werden könnte.

In den Jahren nach 1871 verschärften sich die Konflikte ständig. Immer neue Massen von Landarbeitern und Kleinbauern wanderten in die Großstädte und Industriegebiete ab. Die dadurch auf den Rittergütern fehlenden Arbeitskräfte wurden durch Ernte-Arbeiter aus Russisch-Polen schnell ersetzt, die für niedrigste Löhne arbeiteten. Das dadurch sinkende Lohnniveau in der Landwirtschaft verstärkte die Abwanderungen in die Städte. Dort drückten die ehemaligen Landarbeiter ihrerseits die Löhne. Der wachsende Bedarf an Wohnraum ließ wiederum die Mietpreise in die Höhe schnellen. Die Folge war eine Wohnungsnot größten Ausmaßes, besonders in Berlin, wo zwei Drittel der Einwohnerschaft, mehr als 600.000 Menschen in "Wohnungen" mit höchstens zwei beheizbaren Zimmern lebten. Weitere 162.000 Berliner hausten in sogenannten "Wohnküchen nebst Schlafstube" und zwar im Durchschnitt zu sieben Personen je Kleinstwohnung. Weitere 90.000 waren "Schlafburschen" einer Arbeiterfamilie, das heißt, sie hatten den Schlafplatz eines Arbeitenden während dessen Arbeitszeit gemietet. In manchen Hauskomplexen am Berliner Wedding hausten mehr als 1.000 Personen, in der Mehrzahl zusammengepfercht in fünfstöckigen "Mietskasernen" mit vollständig umbauten, luft- und lichtlosen Hinterhöfen und unbeschreiblichen sanitären Verhältnissen.

Auf den sogenannten Schlächterwiesen vor dem Cottbusser Tor, auf dem Rixdorfer Feld sowie vor dem Frankfurter und Landsberger Tor entstanden Obdachlosensiedlungen von Familien, die, weil sie die steil ansteigenden Mieten nicht mehr hatten aufbringen können, von den Hausherren auf die Straße gesetzt worden waren. Diese Elendsquartiere, nach den Worten des Direktors des preußischen Statistischen Büros *"eine bunte Reihe der jammervollsten Hütten aus den wertlosesten Ausschußbrettern und Abbruchgegenständen zusammengenagelt"*, beherbergten zeitweise mehr als 200.000 Menschen.⁵

Verursacht durch diese entwürdigenden Zustände, entstand die deutsche Arbeiterbewegung, an ihrer Spitze die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Gewerkschaften. Die **"Sozialistengesetze"** Bismarcks konnten ihre Entwicklung nur kurze Zeit hemmen: Bei den Reichstagswahlen von 1884 errangen die Sozialdemokraten mit 550.000 für sie abgegebenen Wählerstimmen 24 Mandate, doppelt so viele wie vor Verabschiedung der Ausnahmegesetze. Dieser Erfolg war besonders bemerkenswert, da Bismarck nicht nur mit Mitteln der Unterdrückung arbeitete, sondern auch mit Verlockungen: 1883 wurden Forderungen der Arbeiterschaft mit dem Gesetz über die Krankenversicherung erfüllt, das den

⁵ In: Engelmann, Bernt: "Wir Untertanen: Ein deutsches Geschichtsbuch". - Göttingen: Steidl Verl., 1993. - S. 351 f.

Industriearbeitern (nicht den Landarbeitern!) Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kostenlose Behandlung und eine finanzielle Unterstützung bescherte.

Im Jahr 1884 folgte das Gesetz über die Unfallversicherung der Arbeiter. Es sicherte den Opfern von Arbeitsunfällen von der 13. Krankenwoche an eine kleine Unterstützung und den dauernd arbeitsunfähig Gewordenen eine bescheidene Rente. 1889 wurde die Forderung nach einer gesetzlichen Alters- und Invalidenversicherung erfüllt. Hierbei wurde die Beitragszahlung je zur Hälfte den Arbeitern und der Unternehmerschaft aufgebürdet. Das Rentenalter war mit 70 Jahren sehr hoch angesetzt, die Rente hingegen sehr niedrig. Wer im Zeitraum von dreißig Jahren regelmäßig Beitrag bezahlte, konnte vom 70. Lebensjahr an eine Rente von mindestens 8,50 Mark, höchstens 15,95 Mark monatlich beziehen und das war allenfalls eine spürbare Beihilfe, keineswegs die Sicherung auch nur des Existenzminimums. Nach Bismarcks eigenem Eingeständnis wären selbst diese ersten bescheidenen Sozialgesetze ohne die Sozialdemokratische Arbeiterpartei nie zustande gekommen.⁶

Während die Wirtschaft des Landes, vor allem der Steinkohlenbergbau, die Eisen- und Stahlerzeugung, die chemische Industrie und der Eisenbahnverkehr einen gewaltigen, noch Jahrzehnte zuvor von niemandem für möglich gehaltenen Aufschwung genommen hatte, der Reichtum der Unternehmer, Bankiers und Großaktionäre ins Gigantische angestiegen war und auch die Fürsten mit dem Kaiser an der Spitze dabei kräftig mitverdient hatten, waren der Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen des zu einem Millionenheer angewachsenen Industrieproletariats kaum besser, in vieler Hinsicht sogar noch schlechter geworden als zu Beginn der Industrialisierung.

Bei im Durchschnitt elfeinhalbstündiger Arbeitszeit an sechs Tagen der Woche, ohne mehr als zwei, drei - meist unbezahlte Urlaubstage im Jahr und ständig bedroht von Entlassung und Arbeitslosigkeit, vegetierten die Arbeiterfamilien am Rande des Existenzminimums. Nur in den seltensten Fällen reichte der Lohn des Mannes aus, die Seinen dürftig zu ernähren. Fast in allen Arbeiterhaushalten mußten nicht nur die Ehefrauen - meist als Wäscherinnen, Aufwartefrauen, Putzhilfen oder auch als Fabrikarbeiterinnen -, sondern auch die noch schulpflichtigen Kinder mitverdienen.

Die Wohnverhältnisse aber waren katastrophal. *"Die Wohnungen der arbeitenden Klassen sind meistens in Kellern und Hinterhäusern gelegen"*, heißt es in einem Bericht, den ein preußischer Amtsarzt seiner vorgesetzten Behörde erstattete. *"Die geringe Menge frischer Luft, welche die engen, vierseitig umbauten Hinterhöfe zulassen, wird durch die Ausdünstungen der Abtritte vollends verunreinigt.... An den Wänden und Türen läuft*

⁶ ebenda. - S. 363 f

gewöhnlich das Wasser herunter. Oft teilen sich drei bis fünf Dutzend Menschen in die Benutzung einer Wasserstelle, eines Ausgusses und eines Aborts", die stets außerhalb der Wohnungen, meist im Treppenhaus oder im Hof, gelegen waren. "Alles ist unbeschreiblich schmutzig und verkommen; es wimmelt von Ungeziefer. ... Jede Wohnung kostet 20 bis 25 Taler Miete. (Zum Vergleich: Ein Arbeiter einer Berliner Stahl- oder Eisengießerei verdiente 1882 6 bis 8 Taler wöchentlich⁷). Wegen dieser hohen Mietpreise sind die Leute genötigt, zahlreiche Schlafburschen aufzunehmen. Es herrscht danach, wie nicht anders zu erwarten, wüste Liederlichkeit... Der Gesundheitszustand, besonders der kleinen Kinder, ist besorgniserregend schlecht."

Tatsächlich starben gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Industriegebieten Deutschlands zwei Drittel aller Arbeiterkinder noch vor ihrem 15. Geburtstag. Dagegen starb in denselben Gemeinden bei den sogenannten "höheren Ständen" im Durchschnitt nur eins von sieben Kindern in den ersten 14 Lebensjahren. Nahezu alle Arbeiterkinder waren unterernährt, litten an Rachitis und anderen Mangelkrankheiten, und ein erschreckend hoher Prozentsatz war tuberkulose krank.

Soweit zu den gesellschaftlichen Hintergründen dieser Zeit, in der sich auch Schöneweide zum Industrie- und Wohngebiet entwickelte. Zu befürchten ist, daß auch die Lage der Hüttenwerker und Metallarbeiter, die von Eveking und Ginsberg beschäftigt worden, ähnlich gewesen sein muß.

Hemmend auf die territoriale Entwicklung Schöneweides wirkte sich zunächst die abgelegene Ortslage aus. Erst durch den Weiterbau der Landstraße Köpenick - Kanne (bei Treptow) begann der wirtschaftliche Aufschwung. Der Ort vergrößerte sich und führte seit Beginn der siebziger Jahre den Namen Niederschöneweide.

Die Entwicklung der Berliner Industrie war eng verknüpft mit ihrer "Randwanderung", der weiteren Verlagerung von Betrieben nach außerhalb, wo billiger Boden und Ausdehnungsmöglichkeiten und mobile Arbeitskräfte vorhanden, sowie geringere Steuern zu zahlen waren.⁸ Im Rahmen dieses Prozesses fanden die Unternehmer in Niederschöneweide billigen, gut erschlossenen Boden. Weiterhin wurde die Industrialisierung des Ortes durch den Bau der Görlitzer Eisenbahn (Bahnhof: 1876) und durch die Schiffsfahrtswege auf Spree und Dahme begünstigt.

Die königliche Kabinettsorder vom 9. August 1878 erhob Niederschöneweide zu einer selbständigen Gemeinde im Kreis Teltow: "Auf Grund Allerhöchsten Erlasses ... ist die

⁷ In: "Statistisches Jahrbuch 1882" von Berlin"

⁸ In: "Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945". - S. 452

frühere Kolonie Niederschöneeweide unter Abtrennung von dem fiskalischen Gutsbezirk Forstrevier Köpenick zu einem besonderen Gemeindebezirk mit dem Namen Niederschöneeweide erloben worden."

Der erste Gemeindevorsteher war der Bleichereibesitzer Bunzel. Er hatte alle Hände voll zu tun, um in seinem Revier Ordnung zu halten. Schließlich waren er und der Nachtwächter die ganze Verwaltung von Niederschöneeweide. Die Arbeit des Gemeindevorstehers war eigentlich nur ehrenamtlich, denn die Bezahlung war so gering, daß man sie nicht als Gehalt ansehen konnte und Bunzel von seinem landwirtschaftlichen Unternehmen lebte. Die Gemeindevertretung bestand aus etwa 6 Männern der Gemeinde. Wenn in der Gemeinde einmal die Mittel zur Bestreitung der Unkosten nicht ausreichten, dann berief Bunzel die Gemeindeglieder, um mit ihnen zu beraten, wie das Geld beschafft werden könnte. Die Ausgaben Niederschöneeweides bestanden zu der Zeit aus der Bezahlung für den Lehrer, den Nachtwächter, einige Unterstützungsbedürftige der Gemeinde und den Unkosten für das Büro. Wenn die Beratungen über die Einbringung der Gelder zu keinem Erfolg führten, dann mußten die sechs Gemeindevertreter in die eigene Tasche greifen. Sie taten dies auch, denn es waren durchweg gutsituierte Männer. Als die Gemeinde größer geworden war, mußte ein amtlicher Gemeindevorsteher angestellt werden. Allerdings waren die Niederschöneeweider mit diesem Mann, den ihnen Landrat von Stubenrauch zuwies, gar nicht zufrieden.⁹

Seit dem Jahre 1901 verkehrte zwischen Niederschöneeweide und Köpenick eine Straßenbahn, die zuerst mit Pferden bespannt war. Sie führte zunächst von der Hasselwerderstraße am Bahnhof Schöneeweide vorbei, dann über die Holzbrücke (Stubenrauchbrücke) und durch Oberschöneeweide. Die neuerbaute Treskow-Brücke hatte eine weitere Ansiedlung von Industrierwerken zur Folge, unter anderem entstand auch ein groß angelegtes **Hüttenwerk** (d. Verf.: **J. F. Ginsberg Metallschmelzwerk**). Bald darauf beschleunigte der Bau des Teltow-Kanals (Stichkanal) die weitere Industrialisierung.

⁹ In: "Baumschulenweger Beobachter" X(1939)24 . - S.1

**WICHTIG FÜR WEGE UND WASSERBAUTEN, SPEZIELL
UFERBEFESTIGUNGEN**

AUSFÜLLUNG VON WASSER- UND SUMPFLÖCHERN

HOCHOFENSCHLACKE

**HART UND STAUBFREI, OFFERIERT FREI WAGGON ODER KAHN PRO KUBIKMETER MK. 4,00
HÜTTENWERK NIEDERSCHÖNEWEIDE ACT. GES.**

VORML. J. F. GINSBERG

BERLIN NIEDERSCHÖNEWEIDE

**STÄNDIGER LIEFERANT FÜR DIE TELTOW-KANAL-VERWALTUNG UND DIE KÖNIGLICHEN
BAUBEHÖRDEN DES GROSSCHIFFFAHRTSWEGES BERLIN-STETTIN**

Der Bahnhof Schöneweide übernahm in Ermangelung eines historisch gewachsenen Zentrums dessen Funktion. Das Rathaus (heute von der Barmer-Ersatzkrankenkasse genutzt) und die erste Schule lagen direkt dem Bahnhof gegenüber an der Grünauer Straße. Aus diesen Jahrzehnten sind bis heute viele, das Stadtbild prägende Bauten, erhalten geblieben.

Mit der schnellen Industrialisierung konnte die Gemeindeverwaltung jedoch mit dem Ortsausbau nicht Schritt halten. Also mußten sich die Fabriken und Werke selbst helfen. Sie richteten sich eigene Feuerwehren ein, da der Ort keine ausreichende Wehr besaß, legten sich zum Teil eigene Wasserleitungen, die es im Ort ebenfalls noch nicht gab und bauten sich Zufahrtsstraßen. Ein Fabrikbesitzer schenkte der Gemeinde die erste Dampfspritze, damit der Ort überhaupt eine ausreichende Feuerwehr aufbauen konnte. Aus diesen primitiven Anfängen entstand die "**Freiwillige Ortsfeuerwehr Niederschöneweide**". Die Feuerwache in der Grünauer Straße wurde 1908 gebaut.

Sanitäre Einrichtungen gab es zunächst gar nicht. In Krankheitsfällen mußte der Arzt aus Köpenick gerufen werden. Durch Zufall lernte einer der Fabrikbesitzer bei einer Bahnfahrt einen jungen Arzt kennen und veranlaßte ihn, in Niederschöneweide zu bleiben. Das Werk gab ihm Wohnung und sorgte so dafür, daß die nun schon recht große Gemeinde überhaupt einen Arzt bekam.

Inzwischen waren die Fabriken noch mehr vergrößert worden, auch neue entstanden. Die villenartigen Gebäude verschwanden und Mietskasernen erhoben sich. Die zweite Gründerära führte zu einem neuerlichen Wohnungsbauboom, charakterisiert durch eng bebaute und

übevölkerte Straßenzüge mit Hinterhöfen, Quergebäuden und Seitenflügeln, mit kleinen Werkstätten, Fabriken, Buden und Schuppen im Norden, Süden und Osten der Stadt, durch Mietwucher und wilde Spekulationen auf dem Grundstücks- und Immobilienmarkt. Neue Arbeiterwohnviertel mit jetzt durchweg 5stöckigen Massenmietshäusern entstanden in der Rosenthaler Vorstadt, im Königs- und Stralauer Viertel, im Wedding und in Moabit. Dicht besiedelte Arbeiterquartiere, den Berliner Verhältnissen ähnlich, prägten auch die Vororte Lichtenberg, Rixdorf, Neu-Weißensee, Rummelsburg sowie Teile Treptows und Schöneweides. Trotz neuer Bauordnungen (1887, 1892, 1894, 1897), die Kellerwohnungen zum Hof untersagten, 5 statt bisher 6 Geschosse, die Verbreiterung der Höfe und Treppen vorschrieben, blieb es bei der Bauweise, die vielfach keine menschenwürdigen Wohnungen, sondern düstere Behausungen entstehen ließ. Die Hausgrundrisse waren auf die "herrschaftliche" Wohnung im Vorderhaus zugeschnitten.

Eine Minderheit von knapp 1 Prozent der Bevölkerung verfügte um 1900 über den gesamten Berliner Grundbesitz; tatsächlich beherrschten die Banken über den Hypothekenmarkt das Bau-, Wohn- und Mietwesen. Seit Anfang der achtziger Jahre waren die Mieten für die "Standardwohnung", Stube und Küche, in der Arbeiter, Angestellte und niedere Beamte durchweg lebten, bis 1900 um mehr als 20 % gestiegen. Die "Berliner Reichen" siedelten deutlich getrennt von den Wohngebieten der Arbeiter bevorzugt in Westend, Zehlendorf, Wannsee, Lankwitz, Mariendorf, Lichterfelde, Grunewald.¹⁰

In wenigen Jahren wuchs in Schöneweide schließlich ein Industriegebiet heran, daß große Bedeutung nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland bekommen sollte. Die Spinnerei und Tuchfabrik von Lehmann, eine Steinkohlen- und Brikettfabrik, eine Brauerei, Messing- und Metallwarenfabriken, die größten Ammoniakwerke Deutschlands (Chemiewerke Kuhnheim), eine Zweigfabrik der englischen Gaswerke, Mörtelwerke und verschiedene weitere Fabriken schossen wahrhaft aus der Erde und gaben dem Ort von Jahr zu Jahr ein anderes Gesicht. Niederschöneweide war bald nicht mehr der idyllisch gelegene verträumte Platz an der Spree; aber es blieb trotzdem noch lange ein beliebtes Ausflugsziel der Berliner. Um die Jahrhundertwende existierten 5 bedeutende Lokale: Hasselwerder, Loreley, Kyffhäuser, Waldheim und Neptunheim. Die Gäste waren meist Arbeiter oder kleine Handwerker und so galt der Spruch "**Hier können Familien Kaffee kochen**".

Schon mit den ersten Fabrikanlagen zog eine große Anzahl Arbeiter nach Niederschöneweide. Sie kamen zu einem beträchtlichen Teil aus Köpenick, Rixdorf und Britz. Für diese Arbeiter galt es jeden Tag weite Märsche zu machen, denn zumeist liefen sie zur Arbeitsstelle. Von Rixdorf und Britz gab es außer langwierigen Fußmärschen gar keine

¹⁰ In: "Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945". - S. 454

andere Möglichkeit. Da gingen einige Unternehmen dazu über, für ihre Arbeiter Wohnhäuser zu bauen. *"Die Großunternehmer nutzten das Wohnungselend des Proletariats dazu aus, ihre ergebensten und fleißigsten Arbeiter in noch größere Abhängigkeit zu bringen. Sie bauten Werkwohnungen für Verheiratete und machten das Mietverhältnis zum Bestandteil der Arbeitsverträge. Dafür boten sie bei etwas geringeren Mietpreisen bessere Wohnungen als die üblichen Mietskasernen. Das verlockende Angebot war vornehmlich als Fessel gedacht: Wer es annahm, konnte an Streiks oder anderen gewerkschaftlichen Aktionen nicht mehr teilnehmen, er riskierte sonst, mit dem Arbeitsplatz auch die Wohnung zu verlieren."*¹¹ Auf diese Weise sicherten sich die Unternehmen einen zuverlässigen Arbeiterstamm.

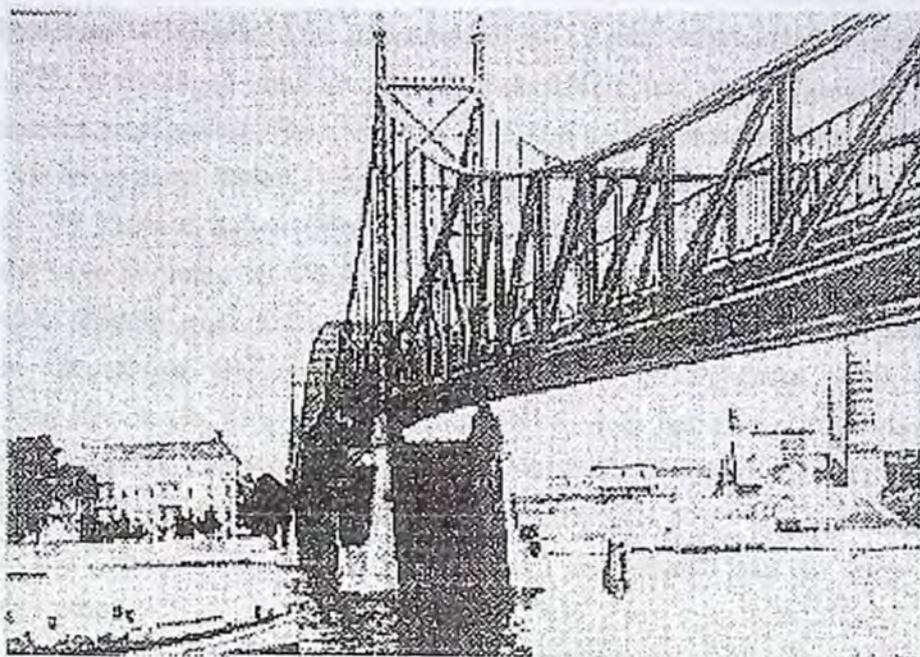
Niederschöneweide hatte zwar frühzeitig Industrie, aber die Bevölkerungszahl war vorher noch sehr gering, da die wenigsten Arbeiter der Fabriken im Ort selbst wohnten. Das wurde durch den Bau der Werkwohnungen anders. 1905 hatte NSW ca. 3.000 Einwohner. Bis 1910 war eine Bevölkerungszunahme von ca. 135 % zu verzeichnen. Alljährlich wuchs die Gemeinde um 700 - 1.000 Personen und bei der Volkszählung 1910 betrug die Einwohnerzahl von Niederschöneweide 7.259.

Im 1. Weltkrieg beteiligten sich viele Firmen in Niederschöneweide an der Kriegsproduktion. So wandelte sich die Wolffsche Kattunfabrik in die "Waffenwerke Oberspree" um. Aber auch die Hüttenwerke und die Deutschen Messingwerke waren als Rüstungslieferanten aktiv.

Die Reformbewegung im Mietwohnungsbau in den Jahren der Weimarer Republik kam auch in Niederschöneweide mit der großzügigen, auch gärtnerisch gestalteten Wohnanlage der Spreesiedlung in der Hainstraße zum Tragen.

Im 2. Weltkrieg waren Nieder- und Oberschöneweide Zentrum der Rüstungsproduktion. Barackenlager für Fremdarbeiter und Flakstellungen zum Schutz vor Fliegerangriffen entstanden auf bisher nicht benutzten Flächen, so z. B. südlich der Köllnischen Straße. Der Krieg brachte für Schöneweide große Zerstörungen mit sich. Die Kriegsschäden konzentrierten sich überwiegend auf die Industrieanlagen, u. a. auf die Stammwerke der künftigen BMHW. In der Nacht vom 22. zum 23. Dezember 1944 zerstörten Brandbomben in der Köllnischen Straße die Häuser 59 bis 61. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte. Die Gaststätte "Lorelei" in der Berliner Straße und das Lokal "Kyffhäuser" sowie die Schultheißbrauerei brannten aus. Um den Vormarsch der Roten Armee aufzuhalten, wurde der Kaisersteg gesprengt.

¹¹ In: Engelmann, Bernt: "Wir Untertanen: Ein deutsches Geschichtsbuch"- S.383f.



Der alte Kaisersteg über die Spree

Damit fehlte eine wichtige Verbindung zwischen den Ortsteilen Nieder- und Oberschöneweide. Die Baracken des Fremdarbeiterlagers standen bis 1948 leer. Dann wurde die Firma Impfstoff Inkra, ein Kindergarten, eine Bade-Anstalt und eine Kegelbahn dort untergebracht.¹²

Wegen starker Umweltverschmutzung war der Ortsteil Niederschöneweide schon zu DDR-Zeiten als Wohngebiet nicht mehr beliebt. Wohnen und Arbeiten gehörten - wie wir gesehen haben - in Schöneweide traditionell zusammen. Doch fast 100 Jahre chemische und metallverarbeitende Produktion forderten ihren Tribut: Gebäude, Böden und öffentliche Flächen sind stark mit industriellen Altlasten verseucht. Daran waren die BMHW und seine Vorläuferbetriebe nicht unwesentlich beteiligt. Mit dem Zusammenbruch und der Abwicklung der Werke im Zuge der Wende entfiel in Niederschöneweide die wirtschaftliche Grundlage, aber auch zugleich eine wesentliche Belastung für die Wohnnutzung.

Das Verkehrsaufkommen hat sich in den neunziger Jahren vervielfacht, Staus sind an der Tagesordnung. Tag und Nacht leiden Bewohner unter Lärm, Dreck und Gestank. Nur noch 3.173 Menschen leben im Gebiet, zu drei Vierteln in Mehrpersonen-Haushalten.

Zu den Begüterten gehören sie nicht, diese Tradition blieb leider erhalten. 13,2 Prozent der Bewohner sind arbeitslos. Das Hauhalteinkommen beträgt durchschnittlich 2.049 Mark im Monat. 17,7 Prozent der Haushalte haben gar weniger als 1.000 Mark monatlich zur

¹² 1. Teil "Von der Schönen Weide" zum Industrieviertel". - Koschnik, Paul. Aus der Abschrift vom Ortschronisten Jürgen Krämer.

Verfügung. Seit der Wende haben sich die Mieten verdoppelt bis vervierfacht. 43 Prozent der Haushalte beziehen Wohngeld. Die Bausubstanz ist in sehr schlechtem Zustand: Gut jede zweite der 772 Wohnungen muß dringend modernisiert und instandgesetzt werden. Die Häuser entstanden zum großen Teil zwischen 1905 und 1914, nachdem sich Industriebetriebe im Ortsteil niedergelassen hatten. Viele Wohnungen sind noch auf dem technischen Stand von damals - 79 Prozent haben Ofenheizung, 21 Prozent kein Badezimmer. Südlich der Brückenstraße steht Wohnen im Vordergrund. Insgesamt 386 Wohnungen sollen tatsächlich saniert werden. Zudem sind 800 neue Sozialwohnungen geplant, überwiegend auf dem Gelände des ehemaligen Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerks Werk I zwischen Fließstraße und der Spree. Dort sind auch Gewerbe, drei Kitas, ein Jugendtreff und ein "Marktplatz" vorgesehen. Das Kulturhaus an der Fließstraße bleibt erhalten. Eine weitere Kita und eine Seniorenfreizeitstätte sind im Block zwischen Fließ-, Flut- und Spreestraße geplant. Die Grundschule an der Schnellerstraße 31 soll ausgebaut und in eine Realschule umgewandelt werden.

Weiter unklar ist die Zukunft des ehemaligen Fremdarbeiterlagers. Planer und Denkmalschützer sprechen sich dafür aus, einen Teil der Gebäude zu erhalten. Der Bezirk dagegen würde lieber abreißen und Wohnungen bauen. Zwischen den Industrieflächen nördlich der Brückenstraße und den Wohnhäusern sowie entlang des Spreeufers ist ein öffentlicher Grünzug geplant. Auch der alte Kaisersteg zwischen Hasselwerderstraße und Laufener Straße soll wieder als Fußgängerbrücke aufgebaut werden. Die Senatsbauverwaltung veranschlagt insgesamt 218 Mio. Mark an öffentlichen Kosten für die Sanierung Niederschöneweides. Nicht eingerechnet sind dabei Fördergelder für den Neubau von Sozialwohnungen und die Kosten für den Wiederaufbau des Kaisersteges über die Spree. Planer schätzen das Gesamtinvestitionsvolumen des Landes Berlin und privater Investoren auf ca. 1,1 Milliarden DM.

Folgende Kosten werden zur Zeit fest veranschlagt:

- 20,5 Millionen DM für den Kauf von Grundstücken.
- 11 Millionen DM für den Neu- und Umbau von Straßen.
- 1 Mio. DM für den öffentlichen Nahverkehr.
- 14,7 Mio. DM für Erholungsflächen
- 66 Mio. DM für vier Kitas, zwei Schulen, vier Freizeitstätten sowie 3 Spielplätze.
- 169,5 Mio. DM für den Gewerbebereich (Sanierung und Betriebsverlagerung)
- 35 Mio. DM für die Sanierung von Wohnungen.¹³

¹³ Schier, Dietrich: "Große Pläne für alten Industrie-Kiez: Stadtsanierung in Berlin: Serie - Teil 4". - In: "Berliner Morgenpost" (1994) 15./16.Okt.

3. Geschichte der Gründerbetriebe

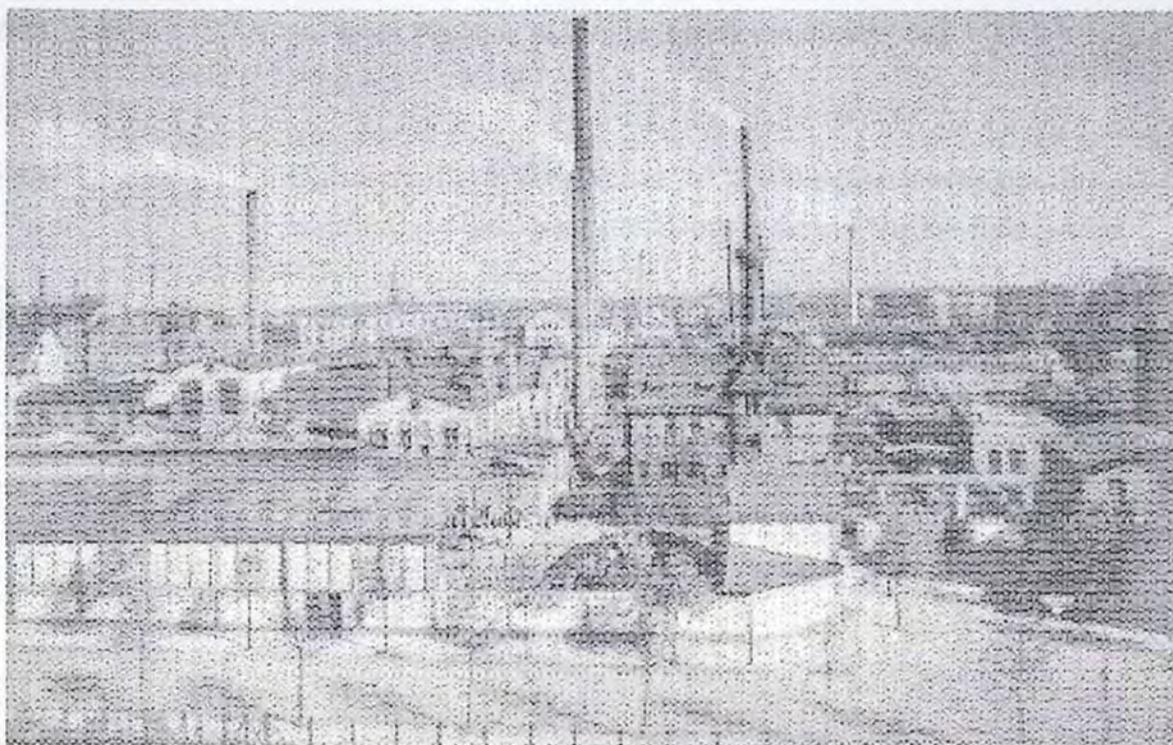
Der VEB BMHW hat nicht nur eine, sondern drei Gründerfirmen, die bis 1945 voneinander unabhängig in Nieder- bzw. Oberschöneweide existierten. Während die Werkteile II und III aus Halbzeugwerken hervorgegangen sind, entstand Teil I aus einem ehemaligen Hüttenwerk, das NE-Metall verarbeitete. Im Gegensatz zu den beiden anderen Unternehmen, den Deutschen Messingwerken und ADMOS war die Hüttenwerke Niederschöneweide AG kein Familienbetrieb. Ihre Aktionäre wechselten, ihre Firmierung und ihre Konzernzugehörigkeit wechselte, das Hüttenwerk aber hatte Bestand. Es entwickelte sich zur zweitgrößten Kupferraffinerie Deutschlands und produzierte in seinen drei Werken Oranienburg, Lünen (Westfalen) und dem Hauptwerk Niederschöneweide ein Viertel des deutschen Kupferverbrauchs insgesamt.

Mit seinem **Markenprodukt "NSW"** war es Lieferant für das In- und Ausland. Es stellte Vormaterial für viele Industriezweige her, sei es als Drahtbarren für die Elektroindustrie oder Fernmeldetechnik, als Blockmaterial für den Maschinen- und Fahrzeugbau oder zur Schriftmetallherstellung für das Verlags- und Druckereiwesen. NE-Metalle spielten in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts eine weitaus größere Rolle als in der heutigen Zeit, da sich Kunststoffe durch die immer knapper werdenden Rohstoffvorkommen mehr und mehr als Ersatz der ursprünglichen "Naturstoffe" durchsetzen.

Die Hüttenwerke Niederschöneweide AG wurde zum Werkteil I des VEB BMHW, weil sie die Erzeuger der Ausgangsprodukte war, die von den Halbzeugwerken zu Rohren, Stangen, Bändern, Gesenkpreßteilen, Lagern usw. weiterverarbeitet worden. Wenden wir uns deshalb zuerst ihrer Geschichte zu.

3.1. Das Hüttenwerk

3.1.1. Zeittafel



Gesamtansicht der Hüttenwerke Kayser Niederschönevide A.G.

(um 1930)

- 1906** Gründung der Firma **J. F. Ginsberg Metallschmelzwerk**
- 1907** wird das Werk von Berlin, Frankfurter Allee nach Schönevide verlegt. Die Rechtsform ist die einer offenen Handelsgesellschaft.
- 1910** nimmt Ginsberg Dr. Bruno Fels als Teilhaber auf.
- 1912-1913** läßt die technische Leitung die Blei-Zinnhütte erweitern,
- und 1914 - 1915** die Aufbereitungsanlage neu errichten.
- 1914 - 1926** firmiert das Werk unter der Bezeichnung: **Hüttenwerke NSW AG, vorm. J. F. Ginsberg** unter Führung der Fa. Beer-Sondheimer & Co. Frankfurt/Main und der Mitteldeutschen Kreditbank Berlin mit einem Kapital von 1.550.000 M.

- 1921 scheidet Ginsberg aus der Firma, weil er die Leitung einer Metallgroßhandlung übernimmt.
- 1922 ein sechs Wochen dauernder Streik unterbricht den Produktionsprozeß.
- 1923 Die ungünstigen Verhältnisse der Nachkriegszeit zwingen zur kurzfristigen Stilllegung des Hauptwerkes in Niederschöneweide
- 1924 Errichtung folgender Anlagen
- Zinkgießerei,
 - Kupferraffinerie,
 - Hochofen mit Silogebäude für Aufnahme von Zinkasche,
 - Bleihütte, verbunden mit einer Abteilung zur Herstellung von Schriftmetall,
 - Zinklegierung,
 - Lagermetallfertigung.
- 1927 - 26.03.1929 Neuer Firmenname: **Hüttenwerke NSW AG**
Das Werk unterhält Verbindungen zum Konzern Dreyfuß-Schoyer Berlin.
- 27.03.1929 Fusion mit C. W. Kayser zu den "**Hüttenwerken Kayser & Co. NSW AG**".
Die zuständige Konzernfirma ist Aron Hirsch & Co. Berlin.
Zu der nunmehrigen "Hüttenwerke Kayser AG" zählen auch Betriebsteile in Oranienburg und Lünen/Westfalen. Durch die Ausgabe neuer Aktien erhöht sich das Kapital von 2,1 Mio. M auf 4,2 Mio. M. Der Zusammenschluß vollzieht sich reibungslos. Die Arbeitsteilung erfolgt präziser: In Niederschöneweide verarbeitet das Werk Bleirückstände, in Oranienburg Kupferrückstände, unabhängig von der Elektrolyt-Kupferherstellung, die in Niederschöneweide verbleibt. Der gesamte Verwaltungsbereich kommt nach Niederschöneweide, mit Sitz in der Spreestr. 5 - 7 ("**Zentralbüro**"). Dadurch reduzieren sich die Verwaltungskosten erheblich.
Friedrich Reinhart, Präsident der IHK zu Berlin, wird Vorsitzender des Aufsichtsrates.
Bankverbindungen bestehen zur Kommerz- und Privatbank Berlin, zur Dresdner Bank, zur Deutschen Bank, zur Reichskreditgesellschaft,

- zur Berliner Handelsgesellschaft, zu M. M. Warburg Hamburg, zur Deutschen Bau- und Bodenbank AG und zum Bankhaus Seiler & Co. München.
- 1933 - 1936** mehrere Gutachten von Professoren der TH Aachen werden erarbeitet.
Dr. ing. Rolf Borchers, ein leitender Mitarbeiter der Fa. Kayser faßt die Expertisen am 16.03.1936 zu einem "Gutachten über die technische Reorganisation der Hüttenwerke Kayser" zusammen. Der Anteil der Werke an der gesamten deutschen Kupferproduktion beträgt etwa ein Viertel.
- 1936** Im Ergebnis dieser Bewertung verwirklicht man die ersten Projekte, so die Ausrüstung der Kupferraffinieranlage mit neuen Gießeinrichtungen.
- 1937** steigender Umsatz von 12,5 Millionen Reichsmark auf 21,5 Millionen
- 1938** Firmierung unter: **Hüttenwerke Kayser AG**
Es kommt die Anlage für die Behandlung des gegossenen Kupfers hinzu und die Textilfabrik Lehmann verpachtet den an der Spree gelegenen, westlichsten Grundstücksteil an Kayser. Dort wird 1939 ein Metallspänelager errichtet.
- seit 1939** Beschäftigung von Zwangsarbeitern im Werk.
Sie sind wesentlich an der kostengünstigen Produktion im Hüttenwerk beteiligt. Seit Kriegsausbruch arbeiten hier die Insassen des Lagers aus der Britzer und Rudower Straße. Sie kommen aus Italien, Frankreich, der Ukraine und Polen.
- 1940 - 1945** gehört der Betrieb zum Konzern L. Possehl & Co. Lübeck.
- 1941** Die Aluminiumhütte sowie die Kupferputzerei sind weitere neue Vorhaben. In einem Flugzeugschrottofen beginnt am 9.10.1941 das Einschmelzen von Flugzeugwrackteilen. Im Jahr 1941 gründet die Firma noch in Schönebeck/Elbe einen Aluminiumschmelzbetrieb - allerdings nur mit 30 Beschäftigten.

- 1942 baut man die Bronze-, Rotguß- und Messingschmelzhalle um.
- 1943 Ein neuer Rotgußofen, eine neue Kohlenmühle und neue Öfen und Maschinen für die Leichtmetallhütte sind die Investitionen in die technische Substanz des Werkes.
- 1944 Im vorletzten Kriegsjahr steigt der Umsatz auf die Rekordhöhe von 30,7 Mill. RM.
In den letzten Kriegsmonaten wird die Hütte noch schwer von Bombentreffern geschädigt.

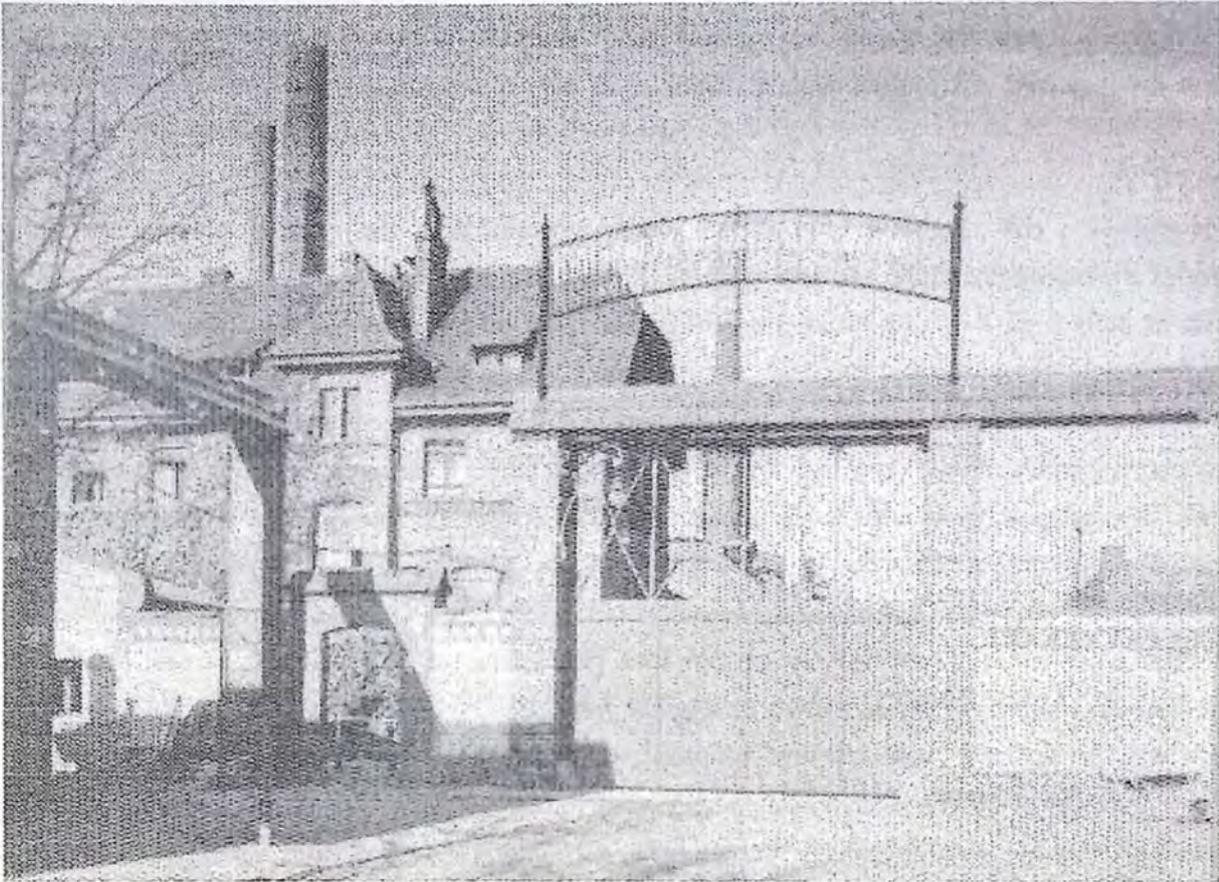
Das Fabrikationsprogramm der Hütte umfaßte schon unter H. P. Clausberg die Verarbeitung von Aluminium und Arsen von Nichtferrolegierungen im Raffinieren. Eine Umschichtungszeit. Zwar ließ 1933 der Bedarf an Schmelzmetall nach, doch waren ... *stündlich von anderen Betrieben* ... *Maß an äußerster Leistungsfähigkeit der Hütte beschäftigt ...*¹⁴

Die Firmengründung fiel in die Zeit des allgemeinen Aufstieges vor dem 1. Weltkrieg. Die steigende Wirtschaftspolitik richtete sich mehr und mehr auf die Sicherstellung der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kriegsgütern. Wegen der Armut an einheimischen Rohstoffen, insbesondere Bodenschätzen (mit Ausnahme von Stein- und Braunkohle, von Kali und Zink), entstand eine starke Abhängigkeit der deutschen Industrie von Rohstoffimporten. Mit 5,4 Mrd. Mark waren 44 v. H. aller Einfuhren des letzten Vorkriegsjahres Rohstoffimporte¹⁵. Auch das Metallschmelzwerk in Niederschönenweide importierte in starkem Maße Rohmaterial (bis zu 80 % des Gesamtbedarfs). Es wurden Schrotte in Rotguß, Kupfer, Messing aus den USA, England, Österreich, Schweden, der

¹⁴ Geschäftsbericht des 1. Geschäftsjahres der Hüttenwerke MSW vorm. Clausberg.

¹⁵ Hübner, F. W., "Das Industriearbeits Deutschland 1914 bis 1918" - 7. Aufl. - Fabeberg, München, Wien, Zürich, Schöningh 1991 - S. 72.

3.1.2. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Firma



Das Fabrikationsprogramm der Firma umfaßte schon unter L. F. Ginsberg die Verhüttung von Altmetallen und Aschen von Nichteisenmetallen im Raffinier- bzw. Umschmelzprozeß. Zwar ließ 1913 der Bedarf an Schriftmetall nach, doch waren "... sämtliche anderen Betriebe bis zur äußersten Leistungsfähigkeit der Anlagen beschäftigt. ..." ¹⁴

Die Firmengründung fiel in die Zeit des allgemeinen Aufrüstens vor dem 1. Weltkrieg. Die staatliche Wirtschaftspolitik richtete sich mehr und mehr auf die Sicherstellung der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kriegsgütern. Wegen der Armut an einheimischen Rohstoffen, insbesondere Bodenschätzen (mit Ausnahme von Stein- und Braunkohle, von Kali und Zink), entstand eine starke Abhängigkeit der deutschen Industrie von Rohstoffeinfuhren. Mit 5,1 Mrd. Mark waren 44 v. H. aller Einfuhren des letzten Vorkriegsjahres Rohstoffimporte ¹⁵. Auch das Metallschmelzwerk in Niederschöneweide importierte in starkem Maße Rohmaterial (bis zu 80 % des Gesamtbedarfs). Es wurden Schrotte in Rotguß, Kupfer, Messing aus den USA, England, Österreich, Schweiz, der

¹⁴ Geschäftsbericht des 1. Geschäftsjahres der Hüttenwerke NSW, vorm Ginsberg

¹⁵ Henning, F. W.: "Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1990". - 7. Aufl. - Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, 1991. - S. 39 f

Tschechei, Serbien, Palästina, Ägypten, der übrigen Levante¹⁶, Holland, Belgien und Frankreich eingeführt, aus Belgien und Frankreich auch Kupferrückstände¹⁷. Das änderte sich durch den Ausbruch des 1. Weltkrieges. Dem Handel machte die seit dem 2. November 1914 verhängte englische Seeblockade ein jähes Ende. Sie bedeutete für Deutschland den Abbruch aller Nahrungsmittel- und Rohstoffimporte.

Im Hüttenwerk mußte die Fabrikation total umgestellt werden. Als "Kriegsverbraucherproduzent" (durch die Herstellung von Munition) war das Metallschmelzwerk schon 1914 *"das ganze Jahr bis zur äußersten Leistungsfähigkeit beschäftigt"*.¹⁸ Und auch in der Folgezeit hieß es: *"Das am 30. Sept. 1915 abgelaufene Geschäftsjahr unserer Gesellschaft stand vollständig unter dem Einfluß des Weltkrieges. Die Lieferung für die Privatindustrie wurde fast gänzlich unterbunden, sodaß wir das Werk bis auf einige Zinnlegierungen ausschließlich für militärische Zwecke beschäftigt haben. Der Bedarf an Kupfer und Blei sowie Legierungen für Artilleriezwecke war enorm. Die Preise schnellten derart in die Höhe, sodaß die Regierung am 14. Dez. 1914 Höchstpreise festsetzte. Durch die Festsetzung derselben wurde der Handel sehr erschwert und hatten wir, je weiter das Geschäftsjahr fortschritt, desto größere Schwierigkeiten, die nötigen Rohmaterialien durch den Handel zu erhalten. Durch die späteren Maßnahmen im Frühjahr und Sommer des Jahres hat der Handel fast vollständig aufgehört und sind naturgemäß dadurch die Schwierigkeiten noch erheblich größer geworden. Hinzu kamen die permanenten Einberufungen unserer Beamten und Arbeiter, sodaß wir uns genötigt sahen, um einigermaßen Ersatz zu schaffen, zur Frauenarbeit und zur Gefangenearbeit unsere Zuflucht zu nehmen. Außerdem haben wir eine Anzahl freier Arbeiter aus Rußland eingeführt. Ungeachtet der vorhandenen Schwierigkeiten gestattet uns der erzielte Nutzen die Verteilung einer Dividende von 15 % in Vorschlag zu bringen."*

1917 führte die Kriegswirtschaft zu einer weiteren Einschränkung des An- und Verkaufs und der Verhüttung für eigene Rechnung. Immer mehr wurde das Werk gleich anderen Unternehmen zur **"Lohnhütte"**. Zeitweise gab es Produktionsausfälle durch Kohlenmangel sowie der angeordneten Beschränkung im Stromverbrauch. Obwohl die Löhne und sonstigen Unkosten weiter stiegen, wuchs die Dividende auf 18 %, die der Vorjahre lagen dagegen bei 10 %.

Durch die Unterbrechung der Rohstofflieferungen wurden im wesentlichen lediglich die deutschen Handelsgeschäfte mit den skandinavischen Ländern aufrechterhalten. Das Hüttenwerk Niederschöneweide litt ebenfalls unter dem Rohstoffmangel, der sich auch in der Nachkriegszeit für die Firma nachteilig bemerkbar machte. Das Unternehmen wurde zur

¹⁶Mittelmeerländer, Kleinasien

¹⁷Berliner Stadtarchiv. - Rep. 250-01-11; Bd. 68

¹⁸ebenda. Geschäftsbericht des Jahres 1914

Fabrikation von Ersatzstoffen gezwungen, z. B. mußten Aluminiumprodukte neu ins Produktionsprogramm aufgenommen werden.

Das Produktionsvolumen wuchs durch die Munitionsherstellung beständig, so daß die Hütte ihre eigene Friedensproduktion bei weitem übertraf. Trotzdem stöhnte der Vorstand 1918: *"Das Ergebnis des Geschäftsjahres ist nicht befriedigend. Das Handelsgeschäft ruht, auf Lohnverhüttungen beschränkt, die Arbeitslöhne steigen dauernd, die Forderungen der Angestellten desgleichen (durch ständig sinkende Reallöhne). Dazu kommt noch eine Verteuerung aller Betriebsmaterialien, Stromeinschränkungen sowie der Mangel an Brennstoffen, die zeitweise die Produktion lahm legten. Die Kriegssteuer ist gleichfalls eine hohe und drückende Belastung, vor allem weil die Gesellschaft 1914 gegründet wurde und die Steuerbehörde die Friedensgewinne der früheren offenen Handelsgesellschaft nicht anerkennt."* Die ausgezahlte Dividende von 12 % beweist eindeutig die Lukrativität des Unternehmens.

Die Beendigung des Ersten Weltkriegs im November 1918 beseitigte keineswegs die mit dem Kriege zusammenhängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Zu den Versorgungslücken auf Grund der zunächst noch aufrechterhaltenen und dann nach und nach gelockerten Blockade kamen die Knappheit der staatlichen Mittel, der bestehende und sich vergrößernde Geldüberhang, die verzögerte Ersetzung der Produktion von Kriegsgütern durch solche des zivilen Bedarfs und vor allem die als unmittelbare Folge des Krieges anzusehenden, durch den Friedensvertrag von Versailles fixierten Gebietsabtretungen und Reparationsforderungen. In Deutschland herrschte Arbeitslosigkeit, starker Rückgang der industriellen Produktion, eine totale Zerrüttung der staatlichen Finanzwirtschaft. Die Reparationskosten sollten insgesamt 226 Milliarden Goldmark betragen und wären bis zum 30. 04. 1963 abzuzahlen gewesen (pro Jahr im Durchschnitt 6 Milliarden Goldmark). Diese Forderung war überzogen, diese Summe konnte Deutschlands Wirtschaft nicht verkraften.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes der Hüttenwerke Niederschöneweide sagt dazu folgendes aus: *"Das abgelaufenen Geschäftsjahr (1922) stand bei uns, wie bei der gesamten deutschen Industrie, unter dem Zeichen der durch das weitere starke Sinken der deutschen Reichsmark gegebenen Verhältnisse. Die Aufwendungen, die wir für unsere Rohstoffe zu machen hatten, schließen sich, da es sich bei uns um durchweg Materialien handelt, die einen Weltmarktpreis haben, diesem stets unmittelbar an. Die Beschaffung der erforderlichen Roh- und Betriebsstoffe gestaltet sich zeitweilig außerordentlich schwierig, das Angebot an brauchbaren Arbeitskräften blieb sehr gering, während die unvermindert anhaltenden Preissteigerungen aller Waren ebenso wie die stetig wachsenden Lohnforderungen und die größeren Steuerlasten die Unkosten beträchtlich erhöhen."* Die Dividenden der Nachkriegsjahre betragen im Widerspruch dazu 1919 20 % und 1921 sogar 24 %. Trotz eines

länger währenden Streiks konnte durch besondere Maßnahmen der Geschäftsführung erreicht werden, *"... daß die Erzeugung im Einklang mit den im Geschäftsjahr 1922 außerordentlich vermehrten Unkosten blieb. Das Ergebnis gestattet die Ausschüttung einer Dividende von 100 % auf das im Berichtsjahr dividendenberechtigte Aktienkapital von M 15 500.000."*

Im Juli und August hatte die Geldentwertung ein solches Ausmaß angenommen, daß jedermann versuchte, Bargeld so schnell wie möglich in Sachgüter umzutauschen oder Sachgüter nur im Tausch gegen andere Sachwerte abzugeben. Im Prinzip funktionierte die Währung nicht mehr, konnte das Geld nicht mehr als Tauschmittel benutzt werden. Der Dollar stand im Höhepunkt der Geldentwertung **1 : 4.200.000.000.000 Mark**. Sogar die Reichsregierung mußte im August 1923 zur Beschaffung von Haushaltsmitteln auf dem Anleiheweg von der geltenden deutschen Währung, der Mark abgehen und eine **"Goldmark-Anleihe"** (4,2 GM = 1 Dollar) auflegen. Daher gab es ab Sommer 1923 zu diesen Währungsproblemen die ersten konkreten Pläne, die schließlich ab Oktober 1923 zur Einführung der "Rentenmark" führten. Durch das Bankgesetz vom 30. August 1924 wurde schließlich als gesetzliches Zahlungsmittel die "Reichsmark" (RM) im Werte von 1 : 1 Rentenmark gültig.

Die Inflation schadete der Mehrheit der Wirtschaft. Nur wenige Spekulanten hatten (zufällig) richtig gesetzt. Auch ein großer Teil der Industrie, ferner der Bankwirtschaft hatten 1923 - in Goldmark gerechnet - größere Einbußen zu verzeichnen als in den Jahren 1914 bis 1922.¹⁹

Dieser Entwicklung Rechnung tragend, wurde am 16. Dez. 1924 das Aktienkapital des Werks in Goldmark umgewandelt und vom 1. Jan. 1924 datierte die Goldmark-Eröffnungsbilanz des Hüttenwerks.²⁰

Im letzten Quartal 1924 konnte das Werk in Lünen wieder seinen Betrieb aufnehmen, das unter starken Störungen durch die Ruhrbesetzung gelitten hatte, *"...da auch nach formeller Aufhebung der Besatzung die Transportschwierigkeiten noch geraume Zeit anhielten."* Auch das Hauptwerk in Niederschöneweide konnte 1924 wieder produzieren, das im August 1923 durch die ungünstigen Verhältnisse geschlossen werden mußte, *"...nachdem die uns nahestehenden Banken und Geschäftsleute uns die erforderlichen Betriebsmittel zur Verfügung stellten. Der Absatz unserer Niederschöneweide-Fabrikate gestaltet sich günstig. Da viele Metallgießereien dazu übergehen, statt Altmaterial unsere Blockware in garantierter*

¹⁹ Henning, F. W.: "Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1990". - 7. Aufl. - Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, 1991. - S.77 f

²⁰ nach der vom 28. Dez. 1923 datierten Verordnung über Goldbilanzen. - Berliner Stadtarchiv: Goldmarkeröffnungsbilanz der Hüttenwerke NSW

*Legierung zu verarbeiten, konnten wir im vergangenen Jahr den Absatz in unserem prima Blockmessing und Armaturenblockrotguß mehr als verdoppeln."*²¹

Es setzte eine wirtschaftliche Erholungsphase in Deutschland ein, die sogenannten **"Goldenen Zwanziger"**. Die Jahre von 1924 bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise (1929) waren für Deutschland langfristig gesehen Jahre der Prosperität, verursacht durch die Währungsreform, den Einsatz ausländischen Kapitals und der vorläufigen Regelung der Reparationsfrage im Dawes-Plan²². Auch der Vorstand der Hüttenwerke konnte aufatmen: *"Im 13. Geschäftsjahr 1926 kann nach der Stilllegung erstmals wieder eine Dividende von 6 % gezahlt werden."*

1929 erfolgte die Fusion der Fa. Hüttenwerke Niederschöneweide AG und Hüttenwerke C. Wilhelm Kayser AG derart, daß offiziell die Kayser AG die Niederschöneweide AG aufnahm, inoffiziell war es aber umgekehrt. Die Aktienmajorität verblieb bei den Großhandelsfirmen H. Schoyer & Dreyfuß und Hirsch & Sohn.²³

In einer Sonderschrift über das "Niederschöneweide Hüttenwerk C. Wilhelm Kaiser & Co AG" liest man zur Bedeutung der Firma um 1930: *"Speziell auf dem Gebiete der Kupferverhüttung der ärmeren "Kupferrückstände" der Gießereien und Schmelzereien ist wohl C. Wilhelm Kaiser & Co. Niederschöneweide AG dasjenige Werk, das in der ganzen Welt über die größte Praxis verfügt. ... Das Werk hat eigenen Bahnanschluß und ist an die Großschiffahrtswege angeschlossen. Das ist für den Gesamtbetrieb von ganz besonderer Bedeutung."*

Ab 1929 begann die **Weltwirtschaftskrise**. Der wirtschaftliche Schrumpfungsprozeß wirkte sich in Deutschland für die Bevölkerung durch hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen und starken Rückgang der realen Wertschöpfung pro Kopf aus.²⁴

Der Geschäftsbericht der nunmehrigen "Hüttenwerke Kayser AG" verzeichnet für das Geschäftsjahr 1931 *"...außerordentliche Bewegungen des Kupfermarktes. Der Kurs von Elektrolytkupfer in London fiel von 83,76 £ auf 49,12 £ per Tonne. Infolge der schlechten Beschäftigung der Metallindustrie, des Sturzes der Metallpreise und der hierdurch eingetretenen Verknappung der Altmaterialien ist die Spannung zwischen Altmaterial und Neumetall in allen unseren Produkten außerordentlich zurückgegangen. Probleme gibt es mit*

²¹Geschäftsbericht der Hüttenwerke Niederschöneweide AG von 1924

²²nach dem amerikanischen Politiker Charles G. Dawes benannter Rahmenplan für die deutschen Reparationen 1924; danach sollten die Zahlungen in vernünftiger Staffelung erfolgen, da Deutschland sich 1923 für zahlungsunfähig erklärte. Henning, F. W.: "Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1990". - 7. Aufl. - Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, 1991. - S. 84

²³Berliner Stadtarchiv. - Rep. 250-01-11; 68

²⁴Henning, F. W.: "Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1990". - 7. Aufl. - Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, 1991. - S. 91

den hohen Bahnfrachten, weil sie den Transport der ärmeren Kupferrückstände zu den Verarbeitungsstätten unrentabel machen. Unser Absatz im Ausland konnte beträchtlich gesteigert werden."

Es wurden exportiert

nach England und Skandinavien:	Kupfer, Bronzen, Buchdruckmetalle;
nach Holland:	Buchdruckmetalle;
nach Frankreich:	Bronze;
nach Ungarn und der Schweiz:	Kupfer und Bronze;
nach der Tschechei:	Bronze;
nach Indien:	Messing minderer Qualität ²⁵ .

1932 bereitete den Hüttenwerken nur noch die Rohstoffversorgung in der Beschaffung der ärmeren Kupferrückstände Schwierigkeiten: *"Während wir früher arme Kupferrückstände in erheblichen Mengen als Spezialität in unseren Werken verarbeiten konnten, ist der Eingang hierin stark zurückgegangen. Dies beruht darauf, daß die Verladung der ärmeren Kupferrohstoffe einerseits infolge der niederen Kupferpreise, andererseits infolge der überhöhten Bahnfrachten in vielen Fällen nicht mehr lohnend ist. Die Preisspannungen zwischen Alt- und Neumaterial blieben aber unbefriedigend. Die Entwicklung der Unkosten zeigt eine sinkende Tendenz, während die Produktion des ersten Quartals gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Wir hoffen, daß die Beschäftigung unserer Werke im bisherigen Rahmen anhalten wird, sofern nicht eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage eintritt."*

In den Jahren 1931/32 wurden die Großhandelsfirmen H. Schoyer & Dreyfuß und Hirsch & Sohn durch die Pfundabwertung **"notleidend"**. Deshalb mußten sie ihren Aktienanteil an den Hüttenwerken der Deutschen Bank verkaufen, die zugleich die Aktienmajorität erwarb. Das änderte indessen an den florierenden Geschäften der Hüttenwerke nichts. So sagt der Geschäftsbericht der AG von 1932 aus: *"Unsere Kupfererzeugung entspricht gegenwärtig annähernd einem Viertel des deutschen Verbrauchs. Der Absatz der gesteigerten Produktion bereitete uns keine Schwierigkeiten. Weder am Ende des Berichtsjahres noch bei Abfassung des Berichtes verfügten wir über unverkaufte Bestände in unseren Fabrikaten. Wir dürfen diesen beachtlichen Umstand darauf zurückführen, daß unsere **KER-Elektrolyt-kupferkathoden** wie unsere **NSW-Raffinade** und **Bestselected-Kupfer** schon lange Jahre **im Inland und Ausland anerkannte Qualitäts-Artikel** sind. Wir sind in unseren Werken für etwa 3 bis 4 Monate mit Aufträgen versorgt."*

²⁵ Berliner Stadtarchiv. - Rep. 250-01-11; 68

Ein Jahr später war es der AG allerdings nicht mehr möglich, die vorjährigen Ziffern für Raffinadekupfer, Blockmessing und Blei zu erreichen. *"Es wirken sich hier die Verwendungsverbote gewisser Metalle und Legierungen, die Zuteilung von Devisen und schließlich der wechselnde Erfolg in der Beschaffung des Rohstoffs aus."*

Die Probleme des Unternehmens bestanden vor allem in den hohen Transportkosten, da sich sowohl die Verkehrsverbindungen per Bahn als auch Schiff sehr verteuert hatten: *"Katellierte Binnenwasserfrachten behindern die Wasserverfrachtung der Erzeugnisse. Diese übersteigen wesentlich das Vorkriegsniveau, während die heutigen Metallpreise weit unter die Vorkriegspreise gesunken sind."*

Die Arbeitsabläufe beim Verhüttungsprozeß in den Hüttenwerken Kayser AG Niederschöneweide hielt der Berliner Maler Hans Baluschek 1935 in seinem großformatigen Ölbild "Hüttenwerk" fest, das bis zur Liquidation der BMHW in den Direktionsräumen zu sehen war. 1990 wurde es ans Märkische Museum Berlin verkauft. Das realistische Gemälde erreichte zwar nie die Popularität des "Eisenwalzwerkes" von Adolph Menzel, dokumentiert aber die Bedeutung des Werkes zur damaligen Zeit.

Die Zeit des 3. Reichs brachte Änderungen im Aufbau der deutschen Wirtschaft mit sich. *Die Industrie arbeitete in Wirtschaftsverbänden zusammen, die eine Schlüsselstellung in der nationalsozialistischen Wirtschaftsplanung erhielten. Diese Verbände waren alleinige Vertreter der Einzelunternehmungen und der Gesamtheit der Unternehmen gegenüber dem Staat und gleichzeitig im Rahmen des Führerprinzips die Bindeglieder des Staats zu den einzelnen Unternehmen. Sämtliche Unternehmer waren damit in die Befehlshierarchie ("Befehlsgewalt nach unten, Verantwortung nach oben") eingeordnet²⁶. Das traf auch für die Hüttenwerke Kayser AG zu, die der **Wirtschaftsgruppe NE-Metall-Industrie, Fachgruppe Metallerzeugende Industrie** und der **Wirtschaftsgruppe Groß- Ein- und Ausfuhrhandel, Fachgruppe 4, Metalle** angehörte. Dagegen bestand keine Mitarbeit in absatzregelnden Verbänden, Konventionen oder ähnlichen Verbindungen durch die Gesellschaft, sie arbeitete aber in *"einem gewissen Einvernehmen mit zwei bedeutenden deutschen Metallhütten"*²⁷. Bis 1938 wurden vom Wirtschaftsministerium zwei Vierjahrespläne aufgestellt, deren Erfüllungsstand von den Wirtschaftsgruppen kontrolliert wurde.*

Die Hütte hatte an die Wirtschaftsgruppe monatlich ihre Schrottbestände zu melden, sortiert nach Flugzeugschrott, Gußalu, Krätzen. Auch der deutsche Richtpreis wurde von der Wirtschaftsgruppe NE-Metallurgie festgelegt, um die Rentabilität ihrer 160 Mitglieder zu gewährleisten. Speziell zu dieser Problematik gab sie an die Erzeuger Fragebögen heraus, die

²⁶ Henning, F. W.: "Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1990". - 7. Aufl. - Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh, 1991. - S. 145

²⁷ Norddeutsche Affinerie Hamburg; Mannsfeld AG

die Grundlage für eine einheitliche Preisbildung zur Vermeidung von Verlusten und zur Gewinnerzielung waren.²⁸

Von besonderer Bedeutung war eine statistische Untersuchung zur Produktion der Kupferraffinerien Deutschlands um 1939. Sie wies die Hüttenwerke Kayser als zweitgrößten deutschen Kupferproduzenten aus und trug den Vermerk: **"Wir bitten, sowohl die Einzelzahlen als auch die Gesamtzahlen streng vertraulich zu behandeln und an Stellen, die am Zahlenaustausch nicht beteiligt sind, unter keinen Umständen weiterzugeben."**

Produktion der Kupferraffinerien Deutschlands:

Firma	Monatsdurchschnitt 1938 in Tonnen	Juli 1939	E = Elektrolyt-Kupfer A = Kupfer anderer Raffinerien
Norddeutsche Affinerie Hamburg	7.860 292	8.274 1.024	E A
Hüttenwerk Kayser	3.800 280	4.281 350	E A
Mansfeld AG für Bergbau und Hüttenbetrieb	2.343 782	2.630 572	E A
Zinnwerk Wilhelmsburg	2.800 375	2.825 411	E A
Kupferwerk Ilsenburg	82 254	110 174	E A
Hochofenwerk Lübeck	508	527	E
Unterharz	105	150	E

Von 40 untersuchten Firmen der gesamten Metallbranche führte "Die deutsche Volkswirtschaft" 1937/38 die Hüttenwerke Kayser Niederschöneweide an 14. Stelle mit

²⁸ Berliner Stadtarchiv. - Rep. 250-01-03

einem Aktienkapital von 4.200.000 RM, während sie die Deutschen Messingwerke an 27. Stelle mit einem Aktienkapital von 2.900.000 RM verzeichnete.²⁹

Eine andere interessante Studie der Wirtschaftsgruppe NE-Metallindustrie war das **"Rundschreiben über den Metallverbrauch im europäischen Wirtschaftsraum"**³⁰ von 1940, ebenfalls mit dem Vermerk: **"Streng vertraulich!"**. Es untersuchte den tatsächlichen Bedarf an Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Nickel und die Versorgung durch eigene Bergwerkserzeugung im europäischen Wirtschaftsraum. Aus den Unterlagen ging hervor, daß der **Rohstoffbedarf** an NE-Metallen durch die Vorkommen **in ganz Europa** und sogar in den britischen Kolonien Afrikas nicht gedeckt werden konnte (ohne Beachtung der sowjetischen Abbauproduktion).

Zusammenfassendes Ergebnis:

	Cu	PB	Zn	Sn	Ni
Verbrauch	788	568	630	49	31
Bergwerks- erzeugung	607 ³¹	330	475	19	4
ungedeckter Bedarf i.v.H.	181	238	155	30	27
in Prozent	23 %	42 %	25 %	61 %	87 %

Das Wirtschaftsministerium zog aus diesen Untersuchungen folgende Schlüsse:

- Es waren große Sammelaktionen an Altmetallen und Schrotten innerhalb der Bevölkerung durchzuführen (besondere Bedeutung für die Hütte hatte die sogenannte **"Glockenaktion"**, durch die Kirchenglocken gesammelt und z. B. in Lünen eingeschmolzen wurden)
- Hüttenwerke und Gießereien hatten ausschließlich Rohstoffe für die Rüstungszwecke zu produzieren.

²⁹ "Die deutsche Volkswirtschaft" (1938)32. - S. 1092

³⁰ Unterlagen der "Hüttenwerke Kayser AG. -Berliner Stadtarchiv Rep. 250-01-11

³¹ Bei Kupfer einschl. Altmetall

Die Untersuchung zeigte auch, wie man sich die Versorgungssituation mit NE-Metallen nach dem Krieg vorstellte:

	Cu	PB	Zn	Sn	Ni
Verbrauch	765	610	700	49	31
Bergwerks- erzeugung	710	475	565	23	10
ungedeckter Bedarf i.v.H.	55	135	135	26	21
ungedeckter Bedarf in % ³²	42 %	22 %	19 %	77 %	68 %

Auch die Geschäftsleitung der Hüttenwerke zog daraus ihre Schlüsse. Sie plante weit über das Kriegsende hinaus und so gab es schon 1942 perspektivische Untersuchungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland. Es wurde festgestellt, daß nach Kriegsende möglichst große Vorräte an Rohmaterial vorhanden sein sollten, *"weil einerseits eine gewisse Stockung in der Versorgung eintreten, andererseits eine große Nachfrage nach Kupfer u. Blockmetall vorhanden sein wird."*³³ Möglichst bald sollten die überseeischen Verbindungen wieder aufgenommen werden, da ja *"bekanntlich vor Kriegsausbruch im Durchschnitt 70 - 80 % unserer Vormaterialien importiert wurden. Nach einer sogenannten Übergangszeit zwischen Krieg und Frieden wird voraussichtlich die reine Friedenswirtschaft recht bald wieder in Gang kommen, und es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß dann der Bedarf in allen Rohmetallen u. Metallegierungen außerordentlich groß sein wird. Es muß unser Ziel sein, heute schon, soweit die augenblicklichen Verhältnisse es zulassen, auf die erforderliche Vergrößerung unserer Produktionsanlagen hinzuarbeiten."* Die Geschäftsleitung hatte alles ins Kalkül gezogen, nur den Umstand nicht, daß Deutschland den Krieg verlieren könnte.

Die Versorgung des Kupferbetriebes war 1940/41 schwierig, da gutes Kupfermaterial wie Blisterkupfer oder Shiturukupfer³⁴ nicht mehr zur Verfügung stand. Vorrangig konnten Umarbeitungsgeschäfte in Billets abgeschlossen werden, für die Kathoden zur Verfügung gestellt wurden. Bei diesen Umarbeitungsgeschäften konnten höhere Verarbeitungsspannen

³² (ohne Vorkommen in Rhodesien und den anderen britischen Kolonien)

³³ Berliner Stadtarchiv Rep.- 250-01-11

³⁴ Shituru-Kupfer kam aus Belgisch-Kongo. Seine Produktion wurde bereits vor dem Krieg aufgegeben.

als beim sogenannten Eigengeschäft erzielt werden. Die Probleme bei der Beschaffung von Kupferaltmaterial wuchsen, *"da Werke der Halbzeugindustrie infolge der großen Knappheit in Wirebars und Kathoden anstatt dieser Rohmetalle Altkupfermaterial aufgenommen haben"*. Der Kupferbetrieb in Niederschöneweide war dadurch kaum noch wirtschaftlich.

Aber: Es gab genügend Vormaterial an Rotguß-, Bronze- u. Messing, denn die Firma hatte die Möglichkeit, gutes Beutematerial von Lünen und Oranienburg nach Niederschöneweide zu bringen (z. B. Kartuschen oder Patronenhülsen). Das ließ sich dort besonders gut zu Blockmaterial verarbeiten.

Der Bleibetrieb war durch scharfe Verwendungsverbote zwar eingeschränkt, die Versorgung mit dem benötigten Vormaterial für die geringe Schriftmetall- u. Hartbleiproduktion war jedoch gewährleistet. Zum größten Bedauern der Geschäftsleitung verbot die Reichsstelle für Metalle, Weißmetall zu produzieren, da die Werke diese Fabrikationsstrecke seit vielen Jahren aufgegeben hatte und die übrigen deutschen Hersteller die Lieferwünsche der Deutschen Reichsbahn ausreichend befriedigen konnten. Die Aluminium-Produktion verlief in Niederschöneweide zufriedenstellend und auch dessen Absatz war gut.

Die Werke erhielten große Posten an Beutematerial, die aber die umfangreichen Importgeschäfte der Vorkriegszeit kaum ersetzen konnten. Es gab viele Umarbeitungsgeschäfte mit großen Halbzeugwerken wie Siemens, A.E.G., Felten & Guilleaume und feste Kontrakte mit allen maßgebenden Großhändlern. Besonders wichtig war die Verbindung mit der Norddeutschen Affinerie Hamburg, mit der die Geschäftsleitung Tauschgeschäfte abwickelte: Die Hütte stellte aus dem Altmaterial der N. A. Kathoden her, die diese über eine Metallgesellschaft in Wirebars tauschte. Die Verarbeitungsspannen auf Elektro-Ingots, Elektro-Walzplatten u. Elektrobillets waren in keiner Weise zufriedenstellend, dagegen desto mehr für Rotguß, Bronzen und Messing, sowie Bleibronzen u. Spezialmessing. Auf diesem Gebiet herrschte aber scharfe Konkurrenz durch kleinere Werke, wodurch z. B. *"bei den laufenden Submissionen der DR nicht annähernd die Spannen erzielt werden, die im normalen Eigengeschäft möglich sind."*

1942 stieß die Deutsche Bank ihr Aktienpaket an der Hüttenwerke Kayser AG ab, das von der Fa. Possehl & Co. mbH Lübeck mit 51 % erworben wurde. Sie erhielt damit die Aktienmajorität der Firma. Einen weiteren Teil kaufte Südchemie München und das Bankhaus Seiler & Co. München. Die Fa. Possehl war eine Gründung des Senators L. Possehl und vereinigte in sich etwa 20 Firmen, die organisch nicht zueinander gehören, u. a. chemische Fabriken, Schiffswerften, Hüttenwerke Nichteisenmetalle, Kohlen und Eisenerz-Importfirmen. Da der Inhaber keine Erben hatte, vermachte er sein Unternehmen der Stadt Lübeck als gemeinnützige Stiftung.

Der Umsatz steigerte sich von Jahr zu Jahr, vor allem während des 2. Weltkrieges:

	1935: 12.570 324 RM
	1940: 21.178 145 RM
	1944: 30.748 158 RM
	1945: 4.225 768 RM (im 1. Quartal)

Um die Jahreswende 1944/45 flogen die angloamerikanischen Bomberverbände einen Angriff auf das Schöneweider Industrieviertel. Obwohl Fluß und Fabrikanlagen mit riesigen Tarnnetzen verhangen waren, hatten die feindlichen Aufklärer ihre Arbeit gut gemacht, die Bomben erreichten ihr Ziel und das Hüttenwerk erlitt in den letzten Kriegsmonaten noch viele Zerstörungen seiner Maschinen und Anlagen.

3.1.3. Einsatzstoffe und Erzeugnisse

Die Ausstattung des Werkes umfaßte in der Gründerzeit eine Kupferhütte, eine Bleiabteilung und eine Aluminiumanlage. In der Regel mußten die verschiedenen Chargen im werkseigenen Labor auf ihren Elementgehalt analysiert werden. Aus stark verunreinigten Schrotten konnte durch einen Umschmelzprozeß keine brauchbare Legierung gewonnen werden. Es waren Raffinationsprozesse notwendig, in denen Legierungskomponenten getrennt wurden. Insbesondere waren die Schmelzen i. d. R. zu eisenreich. Die metallischen Beimengungen wurden durch Luftzufuhr ausgetrieben (Polen). Zn, Pb, As, und Sb entweichen, Eisen und Nickel verschlacken. Die unterschiedlichen Legierungen wurden erreicht, in dem man Zn, Pb, Sn wieder zuführte.

Tabelle über die Erzeugnispalette in den Hüttenwerken 1936:³⁵

Aluminium- abteilung	Kupfer- hütte	Blei- abteilung
Alu-Legie- rungen	Kupferraffi- nerieabt	doppelt raff. Weichblei
Aluminium 98/99%ig Block-Neu- silber	Raffinade- kupfer, Best- Selected- Kupfer Kupferwalz- platten Kupfer- Billets Elektro-Cakes	Bleibronzen, Regelmetall
	Rotguß- Messing	Weißmetall
	Eisenbahn- rotguß Armaturen- rotguß Feinbronze in Blöcken Sondermes- sing	Mischzinn Schrift- und Druckerei- metall

Die Kupferhütte verarbeitete Kupfer- und Blei- und Zinnkonzentrate, armierte Kupfererzschmelzen usw. Diese wurden mit Zuschlägen von Zink, Kalksteinen und schwarzer Schlacke in Schmelzöfen unter Einblasen von Luft bei niedrigeren Temperaturen geschmolzen. Die kupfererzige Schlacke ließ kontrolliert abfließen. Das sich im Schlupf des Ofens ansammelnde Kupfer wurde alle 7 Stunden abgestochen und in einen angeheizten Kessel und darauf flüssig in den Konverter hineingeschüttet. Dort brachte man das ungefähr 80- bis 85%ige Schwarzkupfer durch Einblasen von Luft auf 98%iges Kupfer. Die Verunreinigungen wurden als Oxide ausgetrieben und gingen zum größten Teil in den Konverterschlamm, welcher 20 bis 40 % Zinn enthält. Ein anderer Teil der Verunreinigungen kam in die sogenannte Konverterschlacke, die ebenfalls im Schmelzofen reduziert wurde. Das fertige Kupfer wurde mittels einer Drehbohle und einer Gießmaschine in Axialformen gegossen, die man in die Elektrolyse

³⁵ In: BFUB Berlin ; "Recherche zum Standort Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke (BMHW I)

Folgende Einsatzstoffe fanden Anwendung:

<u>Einsatzstoffe (Stand: 1944)</u>	<u>Endprodukte</u> ³⁶
Sägeabschnitte, Shituru-Kupfer, Kupfer- Formen Phosphor-Kupfer, Mangan-Kupfer	Kupferbolzen
Rotgußstücke und -späne, Kupfermaterial, Messingmaterial, Zusatzmaterial: Zink, Altblei, Zinn	Rotgußarmaturen
Leichtmessing, Messingspäne, Messingkrätzen, Schwermessing, Zusatzmaterial für Sondermessing: Altblei, Zinkabfälle	Messingbolzen
Alu-Blöcke aus der Produktion, Krätze aus Aluminiumsalzschlacken Zusatzmaterialien: Zinkabfälle, Silicium, Mangan	Aluminiumbolzen

Die Kupferhütte verarbeitete Kupfer- und Messingrückstände, ärmere Kupferaschen usw. Diese wurden mit Zuschlägen von Koks, Kalksteinen und schwarzer Schlacke im Schachtofen unter Einblasen von Luft heruntergeschmolzen. Die kupferarme Schlacke floß kontinuierlich ab. Das sich im Sumpf des Ofens ansammelnde Kupfer wurde alle 2 Stunden abgestochen und in einen angeheizten Kübel und daraus flüssig in den Konverter hineingekippt. Dort brachte man das ungefähr 80- bis 85%ige Schwarzkupfer durch Einblasen von Luft auf 98%iges Kupfer. Die Verunreinigungen wurden als Oxyde ausgetrieben und gingen zum größten Teil in den Konverterstaub, welcher 20 bis 40 % Zinn enthielt. Ein anderer Teil der Verunreinigungen kam in die sogenannte Konverterschlacke, die nochmals im Schachtofen reduziert wurde. Das fertige Kupfer wurde mittels eines Gießtopfes und einer Gießmaschine in Anodenformen gegossen, die man in die Elektrolyse

³⁶ s. ebenda

hineinzing. Hier schied sich auf den Mutterblechen das Elektrolytkupfer ab. Dieses Kathodenkupfer hatte eine Reinheit von 99,9%. Metallpulver erzielte man durch Druckluftzufuhr in den glühenden Metallstrom.³⁷

Ein weiterer Arbeitsgang war das **Polen**. Durch Dichtpolen wurde zunächst noch enthaltenes Schwefeldioxid ausgetrieben. Gepolt wurde mit frischen oder feuchten Holzstämmen, die man in die Schmelze drückte. Vorher unterwarf man das Holz einer trockenen Destillation und durch die entweichenden Gase (CO₂, H₂, flüchtige organische Verbindungen und Wasserdampf) erreichte man eine starke Verwirbelung des Bades. Die gelösten Gase wurden ausgetrieben. Die Schlacke wurde abgezogen. Beim Zähpolen mit trockenen Polhölzern reduzierte man das gelöste CO₂. Das Bad wurde mit Holzkohle abgedeckt, um eine erneute O₂-Aufnahme des Kupfers zu vermeiden. Wasserstoff und Kohlenmonoxid reagierten mit Kupferoxid zu Kupfer und Wasser bzw. zu Kupfer und Kohlendioxid.³⁸

Vor dem Gießen spritzte man die Kokillen mit einer Knochenasche-Wasser-Emulsion aus, damit das Kupfer nicht haftenblieb. Gegossen wurden

- Drahtbarren (Wirebars),
- Walzplatten (Cakes),
- Rundbarren (Billete),
- Blöcke.

Aluminiumhütte

Bei der Aufbereitung der Rohstoffe wurden diese gleichzeitig sortiert und die Späne entölt. Die Aluminiumhütte umfaßte 2 Öfen. Im Drehtrommelofen wurde der Schrott zur Vermeidung der Luftoxidation unter einer Salzdecke eingeschmolzen. Bei der anschließenden Raffination entfernte man überflüssiges Magnesium durch eine Chlorwäsche.³⁹

Zinkhütte

Zur Verminderung der Umschmelzverluste durch Oxidation des Zinks und der Wärmeabstrahlung wurde in geringen Mengen Ammoniumchlorid zugesetzt. Dadurch bildete sich eine Ascheschicht und der Zutritt von Luft wurde herabgesetzt. In Abständen wurde ein Teil der Asche abgezogen. Sie enthielt metallische Zinkteilchen (Gröbe) und wurde deshalb in einer Kugelmühle aufbereitet.⁴⁰

³⁷ In: "NSW Hüttenwerke C. Wilhelm Kayser & Co Niederschöneeweide AG: Sonderdruck aus Stätten deutscher Arbeit".

- Hans Tischert

³⁸ In: BFUB Berlin ; "Recherche BMHW I"

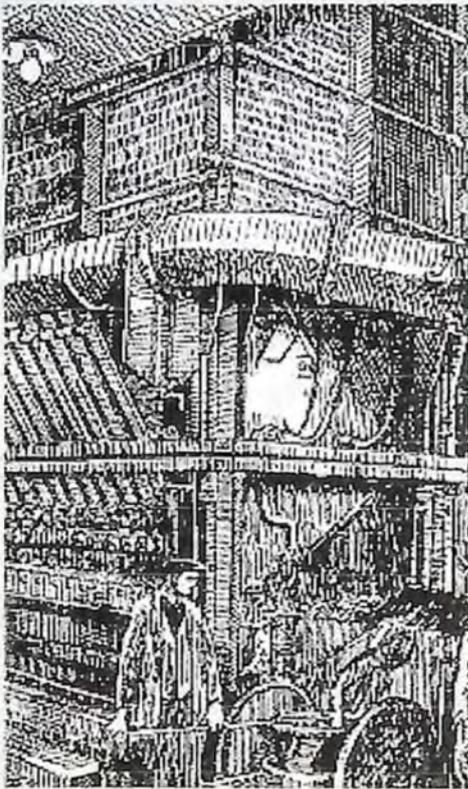
³⁹ s. ebenda

⁴⁰ s. ebenda

Verfahren der Vor- und Nachbehandlung von Werkstücken

Nach dem Gießen mußten die Gußteile entgratet und geputzt werden. Große Gußstücke wurden mit Preßlufthammer und Meißel entgratet. Blei und seine Legierungen wurden mit rotierenden Drahtbürsten aus Messing, Bronze oder Neusilber geglättet. Hierbei ließ man wäßrige Seifenwurzelauskochungen oder Poliersalzlösungen auf die Bürste tropfen. Früher verwendete man dazu verdünnte Essigsäure oder Weinsteinlösungen.⁴¹

Bleihütte



Bleischachtelofen

Zur Erzeugung von Werkblei dienten Schachtöfen. Der Schachtofenprozeß bestand im wesentlichen aus Schmelz- und Reduktionsarbeit. Als Zuschlagstoffe wurden Koks, Eisenschrott, Schlacke und Flußmittel verwendet. Die über der Gicht dem Schachtofen aufgebene Beschickung bewegte sich im Ofenschacht langsam nach unten, im Gegenstrom zu den aufsteigenden Verbrennungsgasen. In der Vorwärmezone (oberer Ofenteil, 100 - 600 ° C) erfolgte die thermische Zersetzung von nichtmetallischen Beschickungsanteilen. Im unteren Ofenteil befand sich die Schmelz- und Reduktionszone (600 - 1.200 ° C). Der Koks verbrannte hier vor den Winddüsen. Das entstandene CO₂ setzte sich teilweise zu CO um. Durch CO wurden Bleioxide zu metallischem Blei und Bleisulfat zu Bleisulfid reduziert.

Bleisulfid reduzierte man durch Eisen zu metallischem Blei. Produkte des Schachtofenprozesses waren: Werkblei oder Rohblei. In weiteren Arbeitsgängen mußte das Werkblei noch entschlickert, entkupfert, entzinnt und von Arsen und Antimon gereinigt werden.⁴²

⁴¹ s. ebenda

⁴² s. ebenda

3.1.4. Die sozialen Verhältnisse dieser Zeit

Konkrete Aufzeichnungen über die Lebensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten gibt es über die ersten Geschäftsjahre des Unternehmens nicht. Belegt ist nur, daß L. F. Ginsberg das Hüttenwerk mit 60 Mann betrieb, 1925 waren es schon ca. 250. In der Folgezeit wuchs die Beschäftigtenzahl auf 600 im Jahr 1933 und auf 850 1934.⁴³

1922 gab es einen großen Streik, der sechs Wochen dauerte - eine lange Zeit für die mittellosen Arbeiter - und im Jahresgeschäftsbericht Erwähnung findet. Über seine Ursachen, die nicht berichtet werden, kann man nur Vermutungen zur verzweifelten Lage der Hüttenwerker anstellen. Die allgemeine Situation der Berliner Arbeiterschaft in dieser Nachkriegszeit war denkbar schlecht. Die inflationäre Welle ließ die Lebenshaltungskosten schwindelerregend steigen. Betrug nach Berechnungen des Statistischen Reichsamtes der Aufwand einer fünfköpfigen Familie für Ernährung, Heizung, Wohnung und Kleidung im Juni 1922 das 41fache des Vorkriegsjahres (1913), so im Dezember bereits das 605fache, im Januar 1923 das 1.190fache und im Febr. das 2.643fache.

Die Löhne blieben trotz dauernder Streikkämpfe unerbittlich hinter der Geldentwertung zurück. Im Dez. 1922 verdiente beispielsweise ein Berliner Maurer pro Woche 14.950 Mark, das wöchentliche Existenzminimum für eine Familie mit 2 Kindern betrug jedoch 24.994 Mark. Ein Roggenbrot kostete 367 M, ein Kilo Schweinefleisch 2.320 M, ein Kilo Margarine 2.000 M, ein Kilo Butter 3.600 M, ein l Milch 184 M u. 1 Ei ganze 100 Mark. Die Reallöhne sanken in Deutschland rapide um 30 bis 45 Prozent unter den Stand des Vorkriegsjahres. Am schlimmsten war die Lage der Arbeitslosen und Rentner. Anfang 1923 gab es in Berlin 71.000 Erwerbslose, von denen nur 13.000 Unterstützung bekamen.⁴⁴

Ein großes Problem war schon damals der Berliner Wohnungsmarkt. 1923 registrierten die Ämter in Berlin rund 200.000 Wohnungssuchende. Es wurden von Jahr zu Jahr mehr, da in dieser Zeit auch wenig gebaut wurde (1923 in ganz Berlin lediglich 4.240 Wohnungen!) Das führte zu den kuriosesten Auswüchsen, um die Behörde hinters Licht zu führen. Es gab z. B. eine regelrechte "Bräutebörse", wo angehende Ehemänner sich eine schwangere Braut für den Besuch beim Wohnungsamt ausleihen konnten. Die Mietshäuser verkamen, denn die Hauseigentümer investierten nicht mehr, seit der Staat gesetzliche Mietpreisbindungen und einen gewissen Mieterschutz eingeführt hatte. Die Lungentuberkulose grassierte - die typische Arme-Leute-Krankheit - und 1922/23 starben daran 12.000 Menschen.

⁴³ Berliner Stadtarchiv. - Rep.: 250-01-11. - Geschäftsbericht von 1933, 1934.

⁴⁴ In: "Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945". - Dietz Verl. 1987. - S. 577

Am 11. August 1923 beschloß die Vollversammlung von 15.000 Betriebsräten einen dreitägigen Generalstreik für den Sturz der amtierenden Cuno-Regierung. Unter dem Druck von rund 3 Millionen Streikenden trat sie am 12. August zurück und Gustav Stresemann bildete ein neues Kabinett mit 4 sozialdemokratischen Ministern. Es wurden sofort Lohnerhöhungen und finanzielle Beihilfen bewilligt, so daß der Streik nach dem Regierungsrücktritt endete und wieder ruhigere Verhältnisse einkehrten.

In den darauf folgenden "goldenen Zwanzigern" erholte sich die Lage der Arbeiterschaft nur wenig. Schon standen wiederum schwarze Wolken am Horizont, die Weltwirtschaftskrise brach über Deutschland herein, die erneut Not und Massenarbeitslosigkeit mit sich brachte.

Der Nationalsozialismus verbesserte **dem Anschein nach** die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten. Die großzügige Ankurbelung der Wirtschaft bewirkte außer einer raschen Senkung der Arbeitslosenziffern eine wirkungsvoll zum Einsatz gebrachte Aktivität auf sozialpolitischem Gebiet. Das Regime zeigte sich bemüht, die rigorose Durchsetzung seiner Ordnungsvorstellungen, wie sie beispielsweise in der Zwangsregelung des Arbeits- und Tarifwesens oder der Zerschlagung des ADGB⁴⁵ und der Errichtung einer staatlichen Gewerkschaft DAF⁴⁶ zum Ausdruck kamen, durch versöhnliche Demonstrationen seiner Arbeiterfreundlichkeit zu verbrämen. Während die neuen Machthaber nicht einen einzigen "sozialistischen" Punkt ihres Parteiprogramms verwirklichten, die führenden deutschen Arbeiterparteien SPD und KPD zerschlugen und ihre Funktionäre in Konzentrationslagern einsperrten, wurden umfassende Betreuungseinrichtungen für die Arbeiterschaft ins Leben gerufen. Da gab es Ferienreisen, Sportfeste, Betriebsfeiern, Volkstänze, Feierabende und politische Schulungen, die zugleich die Menschen organisierten und neben den vordergründigen Aufgaben der "Kraft durch Freude" und "Schönheit der Arbeit" Kontroll- und Beschwichtigungsfunktionen erfüllten. Diese Maßnahmen konnten doch nicht über den Charakter der Vergnügungsprojekte als Entschädigung im Rahmen eines groß angelegten Entmündigungsverfahrens hinwegtäuschen, das eine verächtliche Auffassung vom Arbeiter widerspiegelte, der, wie Hitler gelegentlich versicherte, nichts anderes als Brot und Spiele verlange und "kein Verständnis für irgendwelche Ideale" besitze. Die Absicht, dem Arbeiter das soziale und gesellschaftlich-politische Selbstbestimmungsrecht abzukaufen, blieb immer greifbar, so sehr diese Bestrebungen auch als Verwirklichung der Volksgemeinschaft propagiert und oft auch mißverstanden wurden. Die meisten Arbeiter aber fanden sich mit der Einschränkung ihrer alten Rechte ab, da das Regime Möglichkeiten eröffnete, mit denen sie kaum noch gerechnet hatten: **Sie durften wieder arbeiten!** Die Verkettung zwischen den sozialen Leistungen der NSDAP und den Kriegsvorbereitungen erkannten die meisten zu spät.

⁴⁵ADGB = Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

⁴⁶DAF = Deutsche Arbeitsfront

Die Geschäftsberichte des Hüttenwerks spiegeln die neuen Verhältnisse wider: *"Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1936 haben wir für soziale Zwecke wie KdF-Reisen, Pensionen, Geburts- und Heiratsbeihilfen, Lohnausgleich für Verdienstausfall gezahlt und darüber hinaus für Verbesserung der sozialen Einrichtungen und für 'Schönheit der Arbeit' RM 25.543, 45 aufgewendet. Die Einkommen der Arbeiter und Angestellten sind um etwa 16 % gestiegen."*

Die Betriebskrankenkasse, die bisher nur im Werkteil Oranienburg bestand, wurde ab 1938 auch auf Lünen und Niederschöneweide ausgedehnt. Für die Belegschaft war damit eine Beitragssenkung mit erhöhten Sachleistungen verbunden. Außerdem gewährte die Geschäftsleitung in weitgehendem Maße Siedlungsdarlehen, um Werksangehörigen die Errichtung von Eigenheimen zu erleichtern. Anlässlich des Weihnachtsfestes und des Jahresabschlusses wurden Sonderzuschüsse verteilt:

an Ledige	25.- RM;
an Verheiratete	40.- RM;
für jedes auf der Steuerkarte vermerkte Kind	5.- RM.

1938 wurde die 48 stündige Arbeitszeit eingeführt in der Art, *"daß der einzelne Mann in der Hütte innerhalb 4 Wochen seinen freien Sonntag erhält."* Im Hauptwerk Niederschöneweide hatten die Meister jeden zweiten Sonntag arbeitsfrei. Die Freude war aber nur von kurzer Dauer. Kurz darauf wurde die tägliche Arbeitszeit in den metallverarbeitenden Industrien und im Bergbau auf zehn, später auf vierzehn Stunden festgesetzt. Im Laufe des Krieges stieg die durchschnittliche Arbeitswoche für Männer von 48 Stunden im Jahre 1939 auf 52 Stunden im Jahre 1943 und danach schließlich auf 60 Stunden. Die langen Arbeitszeiten forderten ihren Tribut: Der Gesundheitszustand der Arbeiter verschlechterte sich merklich, die Zahl der Berufsunfälle stieg ebenso wie die der Erkrankungen.

Der Kriegsausbruch brachte neues Leid über die Menschen und so begannen die Geschäftsberichte ab 1940 alljährlich mit den Worten: *"Wir gedenken in stolzer Trauer der Arbeitskameraden, die ihr Leben für das Vaterland auf dem Felde der Ehre hingegeben haben. Sie werden in unserer Erinnerung weiterleben."*

Am 1. Mai 1940, dem "Tag der Arbeit", erhielt das Werk Niederschöneweide das "Gaudiplom für hervorragende Leistungen". Das wurde für Unternehmen vergeben, die sich am Leistungskampf deutscher Betriebe beteiligten.

Es ging dabei um folgende Punkte:

Gründung einer Werkschar,
Schaffung von Lehrwerksstätten,
von Werkskantinen und Sportanlagen,
um die Verschönerung der Werkräume und Werkplätze,
um den Bau eines Kameradschaftshauses,
um die Gründung einer zusätzlichen Altersversicherung
und um die Bildung einer Betriebssportgemeinschaft.

Die monatliche Lohnabrechnung für alle drei Werke der Hüttenwerke Kayser AG wurde ab 1. 1. 1942 eingeführt, um die Buchhaltung zu entlasten. Seit dieser Zeit sollten Überstunden Angestellter nach Möglichkeit nicht mehr bezahlt werden, Vorschläge zu ihrer Abgeltung wurden von Seiten der Geschäftsleitung angefordert.

Da immer mehr Werksangehörige ihre Einberufung zur Wehrmacht erhielten, versuchte die Geschäftsleitung durch den Einsatz von Ostarbeitern und Kriegsgefangenen die Arbeitskräfteproblematik in den Griff zu bekommen. 1941 entstand auf dem Werksgelände im Wert von 50.000 RM eine Kriegsgefangenenunterkunft. Die Ostarbeiter des Werks in Niederschöneweide erhielten nach Werksunterlagen Fernverpflegung und zusätzlich ein warmes Essen. *"Es wird den Ostarbeitern täglich 1,50 RM in Rechnung gestellt. Alle zusätzlichen Kosten gehen zu Lasten der Werke."*⁴⁷

Für das Hüttenwerk Niederschöneweide waren 1942 100 Ostarbeiter beantragt, mit dem Hinweis an die zuständige Behörde, daß *"ansonsten die Soll-Produktion nicht erreicht werden kann."* Das Los der Fremdarbeiter, - fast alle "Zwangsarbeiter" im buchstäblichsten Sinne des Wortes - war äußerst hart. Nach einer Aussage des von Hitler eingesetzten Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel aus dem Jahr 1944 *"sind von den Millionen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, keine 200.000 freiwillig gekommen"*. 1944 gab es über 7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen "fremdvölkischer" Herkunft im Reichsgebiet, ferner eine nie genau festgestellte Zahl von mehreren Millionen Kriegsgefangenen, vor allem aus der Sowjetunion, Polen und Frankreich. Das Schicksal und die Lebensverhältnisse der ausländischen Arbeitskräfte gehört zu den tragischen Seiten in der Geschichte Europas und stellt eins der dunkelsten Kapitel in der deutschen Geschichte dar.

⁴⁷ Berliner Stadtarchiv. - Rep. 250-01-11

3.2. Die Deutschen Messingwerke

3.2.1. Zeittafel



Carl Evekling

Gründer des Werkes

geboren 9. Juli 1840 in Evekling i. W.

gestorben 30. April 1913 in Berlin

24. März 1890

Gründung der offenen Handelsgesellschaft:

"Deutsche Messingwerke Flunkert, Kretzer & Evekling"

02. Sept. 1890

Eröffnung und Gründungstag

In der klaren Erkenntnis, daß die Industriezentrale Berlin einen guten Absatzmarkt an Metallhalbzeugen darstellt, finden die Firmengründer in Niederschöneweide, der Berliner Str. 131, ein verkehrsgünstig gelegenes Grundstück.

- 1891 - 1895 stetige Entwicklung, die Mitarbeiterzahl wächst auf 60 Männer und Frauen.
- 1896 Erweiterungen der Gießerei und des Walzwerks. Mitarbeiterzahl bei 128.
- 1898 Flunkert stirbt.
- 1904 Der Teilhaber Kretzer scheidet aus. Evekings übernimmt allein die Firma. Hauptfabrikate in den ersten Jahrzehnten sind Bleche, Stangen, Drähte und Profile aus Messing, Tombak, Bronze, Kupfer und Aluminium.
- 1905 Rudolf Eick übernimmt die kaufmännische Leitung.
Vorbereitungen für den Ausbau des Werkes
- 1906 Zweiter Ausbau: Es entstehen:
die zweite Gießerei,
das zweite Blechwalzwerk nebst Glüherei,
eine neue Drahtzieherei,
ein Haus für die Ankleide-, Wasch- und Speiseräume der Arbeiter.
Die erste Strangpresse wird aufgestellt.
Die Firma nimmt Exportgeschäfte auf und verpflichtet ausländische Vertreter. Belegschaftsstärke: 250 Frauen und Männer
- 1910 Carl Evekings legt den Grundstock für eine Unterstützungskasse hilfsbedürftiger Werksangehöriger.
- 1913 Der Name der Firma wird geändert in:
"Deutsche Messingwerke Carl Evekings"
Carl Evekings jr. und Rudolf Eick treten als Mitinhaber ein.
Am 30. April verstirbt Evekings sen.
- 1914 entsteht die Betriebskrankenkasse, die bei niedrigeren Beiträgen höhere Leistungen als die ortsübliche Krankenkasse gewährt. Für Mitarbeiter, die länger als 20 Jahre im Werk mitarbeiteten, führt Evekings eine Kollektivversorgung ein.

- 1922 Ein Verwaltungsgebäude entsteht.
- 1923 Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes.
Die Gesenkpresserei und
- 1924 der Maschinenpark werden erweitert.
- 1925 Aufstellung der ersten elektrischen Schmelzöfen.
- 1926 Die Werkleitung erwirbt ein Nachbargrundstück in Größe von 15.969 qm und läßt vorhandene Gebäude für die Produktion einrichten.
- 1927 Ausrüstung der Gießerei mit elektrischen Schmelzöfen.
Eine Halle für die Presserei, Rohr- und Stangenzieherei entsteht. Die erste Rohrpresse nimmt die Fabrikation nahtloser Rohre auf. Die Vorwärmöfen sind teils elektrisch, teils mit Gas beheizt. Eine Preßpumpenanlage mit Akkumulator übernimmt den Betrieb der Pressen. Kettenziehbanken mit Zugkräften bis zu 60 Tonnen dienen der Kaltverformung. Angeschlossen sind Richtmaschinen, Glüherei und Beizerei sowie Abnahme, Lagerung und Versand. Die Beheizung der Wärm- und Glühöfen erfolgt mit Generatorgas.
- 1928 Es erfolgt die Verlegung und der Ausbau des Bandwalzwerkes.
Erweiterung der Gießerei um einen elektrisch beheizten Schmelzofen von 1.200 kg Fassungsvermögen. Die Belegschaft zählt 500 Arbeiter.
Die Besitzer wandeln die Firma in eine Aktiengesellschaft um, die fortan "**Deutsche Messingwerke Carl Eveking A.G.**" heißt.
Die Aktien bleiben im Familienbesitz.
Den Vorstand bilden:
Rudolf Eick, Carl Eveking, Wilhelm Eick.
Aufsichtsratsvorsitzender: General-Direktor Dr. Berve
- 1929 Eine vertikale Rohrpresse kommt hinzu.

1930 Die zweite Strangpresse nimmt ihren Betrieb auf. Aufgrund der schlechten Auftragslage verringert sich die Belegschaft auf 466 Arbeiter. Werkzeugbau und Materialprüfstelle erhalten ein eigenes Gebäude.

1931 Der erste elektrisch beheizte Bandziehofen nimmt seine Arbeit auf.

1932 betrieblicher Rückgang, weiterer Belegschaftsabbau auf 306 Beschäftigte.

1933 Aufnahme der Herstellung von Leichtmetall-Legierungen. Elektrisch beheizte Kammer- und Topfglühöfen erweitern die Produktionsmöglichkeiten.

1934 Verlängerung der Rohrzughalle.
Aufstellung weiterer elektrisch beheizter Banddurchziehöfen, Kammerglüh-, Topf- und Blockrollöfen. Erweiterung der Wasch- und Ankleideräume.
Joachim Kynaß erhält die Prokura.

1935 Der Umsatz erreicht 8,5 Mio RM.
Ausbau der Inneneinrichtungen.
Ihren Betrieb nehmen auf:
1 elektrisch beheizter Schmelzofen mit 1.200 kg Fassungsvermögen,
schwere Rohrziehbänke,
1 Rohrrichtmaschine,
1 Leichtmetallvergütungs-ofen,
1 Exzenterpresse mit 360 t Druckleistung.

1939 - 1940 Bau eines Gebäudes für die Leichtmetall-Produktion.
Fertigstellung der neuen Walzwerkhalle und Aufstellung eines Triebwalzwerks mit großdimensionierten Blockwärmefen und elektrisch beheizten Blockvergütungsöfen. Herstellungsbeginn von Zink-Legierungen. Es entstehen ein Sportplatz und ein neues Schulgebäude. Erweiterung der Luftschutzanlagen. Die Arbema-

1936

Der Erwerb von 13.000 qm Gelände dient der Erweiterung der Rohrzughalle um das Doppelte.

Neue Einrichtungen:

Egalisierwalzen,

3 elektrisch beheizte Schachtöfen,

1 kombinierte Zieh- und Richtmaschine,

1 Leichtmetall-Strangpresse,

1 große Preßwasserpumpe und

1 Luftdruck-Akkumulatoranlage.

Vorbereitung für die Produktion von plattiertem Material.

1937

Neue Halle für die Gesenkpresserei.

Neue Spindelpressen, Anwärmöfen und Mehrfach-Grobdraht- und kombinierte Zieh- und Richtmaschinen gehen in Betrieb. Ausbau der Glüherei durch elektrisch beheizte Vergütungs-, Kammer-, Hauben- und Trommelglühöfen, 1 Duo-Bandwalzwerk, 800 mm breit, kommt außerdem hinzu.

Das Unternehmen erwirbt weiteres Gelände.

Inzwischen sind mehr als 1.000 Arbeiter und Techniker im Werk beschäftigt. Arbeiter verdienen monatlich etwa 250 RM, Meister und Ingenieure zwischen 280 und 380 RM. Auf sozialer Ebene wird eine Kollektivversicherung eingeführt, durch die Werksangehörige, die mehr als 20 Jahre im Werk beschäftigt sind, ohne eigenen Beitragsleistung bei Erreichung des 65. Lebensjahres (oder im Todesfalle die Hinterbliebenen) einen Betrag von 1.250.- RM erhalten.

1938

Es erfolgt der Ausbau miterworbener Gebäude für den Werkzeugbau, die Reparaturwerkstatt und Gesenkpresserei. Einführung der Leichtmetallgießerei.

1939 - 1940

Bau eines Gebäudes für die Materialprüfanstalt.

Fertigstellung der neuen Walzwerkshalle und Aufstellung eines Triowalzwerkes mit gasbeheiztem Blockwärmofen und elektrisch beheiztem Blechvergütungssofen. Herstellungsbeginn von Zink-Legierungen. Es entstehen ein Sportplatz und ein neues Sozialgebäude. Erweiterung der Luftschutzanlagen. Die Arbeiter

- können im Werk Mittagessen. Das Unternehmen erwirtschaftet einen Umsatz von 15,7 Mio RM.⁴⁸
- 23./24. 12. und am 29.12.1943** Luftangriff auf das Werk mit Zerstörung der Kraftwerksanlage, der Pressereianlage, der Gaserzeugungsanlage, des Leichtmetallblechwalzwerkes sowie der Gesenkpresserei.
- 1944** Die UdSSR kann sich von deutschen Truppen befreien. In Frankreich wird die zweite Front eröffnet. Das Ende des Krieges ist abzusehen. Immer stärker werden die Bombenangriffe auf Berlin, unter denen auch die Werke leiden. Es kommt zu Störungen der Produktion durch die ständigen Unterbrechungen bei Fliegeralarm. Die Belegschaftszahl beläuft sich auf 1.385 Arbeitskräfte, der Umsatz beträgt 17,5 Mio RM. Im Werk arbeiten 528 Männer und 109 Frauen aus Fremdarbeiterlagern.
- 21. 06. 1944** schwerer Tagesangriff auf Berlin. Erheblicher Schaden in den "Deutschen Messingwerken" durch 20 Sprengbomben und hunderte von Brandbomben. Es gibt 16 Tote und 6 Schwerverletzte durch die Zerstörung des Luftschutzbunkers der Werke. Das Sozialgebäude brennt aus und die Prüfanstalt mit dem Chemischen Labor wird zerstört. Zwei Wohnhäuser auf dem Werkgelände brennen gleichfalls ab. Ständiger Fliegeralarm stört den Produktionsablauf.
- Jan. 1945** Vorstoß sowjetischer Verbände auf Berlin. Die Stadt wird in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Gegenüber den Werken, auf dem Güterbahnhof Schöneweide, beziehen 2 Flakgeschütze Stellung. Durch ihre Position gefährden sie in starkem Maße die Werke.
- 26. Febr. 1945** Ein weiterer Luftangriff zerstört das neue Pumpenhaus, das Kesselhaus und die Alu-Walzwerkshalle.
- März 1945** Küstrin fällt. Die Amerikaner stehen westlich von Fulda und Kassel. Deutsche Heeresverbände fluten zurück auf Berlin.

⁴⁸ In: "50 Jahre Deutsche Messingwerke Carl Evekling A.G. : Berlin-Niederschöneweide 1890 - 1940"

20. April die Ostfront rückt an Berlin heran. Es gibt keinen Strom mehr, der Verkehr kommt zum Erliegen. Auf der Linie Müncheberg, Straußberg und Bernau wird gekämpft. Artilleriefeuer schlägt nach Berlin. Sowjetische Truppen stehen bei Köpenick.

23. Apr. 1945 starker Beschuß auf die "Deutschen Messingwerke", denn die Flakgeschütze sollen ausgeschaltet werden. Deutsche Truppen sprengen die Treskow-Brücke, um die feindlichen Verbände aufzuhalten.

24. Apr. 1945 um 6.00 Uhr morgens ziehen die ersten sowjetischen Soldaten in Niederschöneweide ein, Truppenteile besetzen die Werke. Die Militärkommandantur etabliert sich in der Fennstraße. Sie ordnet erste Arbeitseinsätze für Lebensmitteltransporte und Entrümmerungsarbeiten an. Vom 24. Apr. bis zum 16. Mai 1945 ist das Werksgelände von der Roten Armee besetzt.

Der 1. Weltkrieg brachte auch für die Firma Paulsen mit sich, daß im Nordosten stehendes Mäntel mittels durch Fruch erzeigt werden. Trotzdem erging der Befehl seine Produktion, um die Rohstoffe der der Abhängigkeit zu liefern zu können. Deshalb wurde auch ein Mehrschichtsystem eingeführt. Die Werte korrigiert die Kosten der Nachkriegszeit, der Inflation und der Weltwirtschaft und verachtet übernahm. Die Belegschaft mußte zwar verkleinert werden, aber die Firma überlebte.

Die Produktion von Leichtmetallergänzen gewann zunehmend an Bedeutung. Der Bedarf an Aluminiumprodukten wuchs ständig. In das Fabrikationsprogramm wurde die Herstellung von Münzplättchen, Messingplättchen und plattiertem Material aufgenommen.

In der Gesenksbereich machten die bestehenden Anlagen durch Aufstellung schwerster Pressen und Spezialmaschinen erweitert werden.

⁴⁹ in "Fünfzig Jahre Deutsche Messingwerke" - Firmenschrift von 1946.
⁵⁰ in "Schneidwerkzeug" (1952)